

Sonderfonds für Investitionen: **31,6 Mio. Euro für die Gemeinden!**

Seite 5



LANDARZT ADE. - Dr.in Silvia Reisner-Reininger aus St. Georgen am Ybbserfeld ist Ärztin und SPÖ-Gemeinderätin. Im großen KI-Interview spricht sie über das aktuelle Sterben des Berufes Landarzt/Hausarzt - ab Seite 20. Foto: Plutsch

Verwaltungsreform jetzt

Eine Verlagerung von BH-Aufgaben zu Gemeinden, sprich „Kommunalen Kompetenzzentren“ fordern nun die SPNÖ und der NÖ GVV – Seite 4.

Starke Bürgermeisterin

Diesmal im KI-Portrait „Starke Frau“: Manuela Zebenholzer (41), politische Quereinsteigerin und Neo-Gemeindechefin in Hollenstein – Seiten 8 & 9.

Ebreichsdorf im Fokus

Die rasant wachsende Boomtown mit ländlichem Charme im Bezirk Baden steht diesmal im Mittelpunkt der KI Orts-Reportage – ab Seite 26

Wohnbau gibt
Wohnen ein
gutes Gefühl

Man muss Menschen verstehen, um ihnen das bieten zu können was sie brauchen. Als gemeinnützige Wohnbaugesellschaft richten wir unsere Tätigkeiten danach, Anliegen, Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen. Mit ökologischen Bauweisen setzen wir auf gesundes Wohnen und schaffen Lebensraum, in dem sich unsere Bewohner nicht nur wohl, sondern vor allem auch zuhause fühlen.

EGW Wohnbau gemeinnützige GesmbH
Pernerstorferstraße 38/187 | 2700 Wiener Neustadt
Tel.: +43 1 545 15 67 – 0 | www.egw-noe.at



AUS DEM INHALT

- 4** „Kommunale Kompetenzzentren“
...sollen laut SPNÖ und NÖ GVV in sogenannten Gebietsgemeinden Aufgaben der BHs übernehmen.
- 5** Fördermillionen-Segen für Gemeinden
Von den 175 Millionen Euro für die österr. Kommunen gehen 31,6 Millionen nach Niederösterreich.
- 8** Starke Frau: Manuela Zebenholzer, 41
Echt stark: dreifache Mutter, berufstätig und als politische Quereinsteigerin Neo-Bürgermeisterin.
- 10** Die Tourismusbilanz der nö. Gemeinden
Die Gewinner und Verlierer des Jahres 2016 - übersichtlich nach Regionen aufgeschlüsselt.
- 12** Starke Minderheit: Bad Pirawarth
Die SPÖ-Fraktion hat ihre Rolle im Gemeinderat gefunden: Sie schaut dem Orts-Chef auf die Finger.
- 20** Starkes Interview: Dr.in Silvia Reisner-Reininger
Die praktische Ärztin und Gemeinderätin spricht offen über das drohende Landärzte-Sterben.
- 25** Top Buchtipp: WAHLEN gewinnen
DAS perfekte Arbeitsbuch - sowohl für politische Neueinsteiger als auch erfahrene Profis.
- 26** Orts-Reportage: Ebreichsdorf
Eine echte Boomtown am Rande des Wiener Speckgürtels - mit jeder Menge ländlichem Charme.
- 36** Der Gemeinde-Rat
GVV-Juristin Mag.^a Sabine Blecha und andere ExpertInnen informieren in Rechtsfragen.



Bgm. LAbg.
Rupert Dworak,
Präsident des GVV

Werte Gemeindevertreterin! Werter Gemeindevertreter!

Im Österreichischen Gemeindebund wurden die Weichen für die Zeit nach Helmut Mödlhammer gestellt. Helmut Mödlhammer hat mehr als 18 Jahre lang den Gemeindebund erfolgreich vertreten. Dafür müssen wir ihm dankbar sein, denn er hat seine Aufgabe vorzüglich im Interesse der österreichischen Gemeinden erfüllt. Mit Alfred Riedl ist nun ein neuer Präsident gewählt worden. Zwar erstmals in einer Kampfabstimmung, aber Alfred Riedl hat klar festgehalten, dass es seine Aufgabe sein wird, unsere Interessen, die Interessen der Gemeinden zu vertreten, gleich welcher Partei wir angehören. Denn es gibt keine schwarzen, roten, blauen oder grüne Probleme, sondern nur gemeinsame Herausforderungen.

Für viele kleine Gemeinden tun sich mittlerweile ein neues Problem auf. Nach dem Verlust von Polizeiinspektion, Post etc., finden nun auch viele Kommunen keine Ärzte mehr, die bereit sind, die praktische Arztstelle im Ort zu übernehmen. Eine Herausforderung, der wir uns unbedingt erfolgreich stellen müssen, um eine weitere Abwanderung im ländlichen Raum zu unterbinden.

Ein besonderer Dank gilt Bundeskanzler Mag. Christian Kern, der mit 175 Millionen Euro den Gemeinden eine riesige Investitionssumme zur Verfügung stellt. Ab Juli 2017 haben die Gemeinden die Möglichkeit, für konkrete Bauprojekte um Förderung anzusuchen. Diese 175 Millionen können Investitionen in der Höhe von 850 Millionen Euro auslösen, die vor allem dem Bau- und Baunebengewerbe zu Gute kommen werden und dort jede Menge Arbeitsplätze sichern werden.

Im September haben wir schon wieder die Hälfte der Gemeinderatsperiode hinter uns und wir müssen schon mit den Vorbereitungen für die GRW 2020 beginnen. Der NÖ GVV tut das bereits sehr intensiv und wird auch im Zuge der Erstellung der Halbzeitbilanzen, jene Kraft sein, die Euch bei Eurer Arbeit, Euren Dokumentationen und Bilanzen zur Halbzeit maßgeblich unterstützt.

Herzlichst

Rupert Dworak



NÖ GWV-Präsident Bgm. LAbg. Rupert Dworak (l.) und Landesparteivorsitzender Bgm. Mag. Matthias Stadler bei der Pressekonferenz zur Verwaltungsreform.

Kommunen als Kompetenzcenter für BürgerInnen aufwerten

Wer einen Reisepass braucht oder einen Antrag stellen möchte, muss zur nächsten Bezirkshauptmannschaft fahren. SPNÖ und GVV fordern nun, dass solche Aufgaben künftig direkt in den Kommunen erledigt werden können.

Vor rund 150 Jahren sollte die Bezirkshauptstadt nicht weiter als einen Tagesritt entfernt sein, daher haben sich auch die Standorte für die BHs ergeben. Die Herausforderungen und Ansprüche in der digitalisierten Welt haben sich geändert – sozusagen vom Tagesritt zum World Wide Web. „Auch heute noch haben die BürgerInnen oft stundenlange Wege zurückzulegen, die Zeit und Geld kosten – auch wenn es bereits zahlreiche Online-Angebote gibt. Deshalb wollen wir eine Bürgerservice-Bündelung, bei der von den BHs Leistungen zu den Gemeinden verlagert werden. So sollen etwa das Ausstellen von Reisepass oder Führerschein sowie die Antragstellung für Förderungen oder Sozialleistungen künftig in Gemeinden möglich sein“, so SPNÖ-Vorsitzender Matthias Stadler: „Der

Slogan ‚Näher zum Bürger‘ ist überholt. Wir wollen direkt zum Bürger. Die Voraussetzungen dafür sind in vielen Gemeinden durch moderne barrierefreie Bürgerservicestellen bereits geschaffen.“ Die Einsparungen, die sich bei den BHs ergeben würden, sollten zumindest teilweise den Gemeinden zukommen. „Der Verwaltungsentwicklungsprozess in Vorarlberg hat gezeigt, dass es gut möglich ist, bei den vier Strukturen Bund, Länder, Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden, eine Struktur weitgehend einzusparen – durch die Etablierung von Regionalverwaltungen zwischen Ländern und Gemeinden. Diese wären näher beim Bürger und auch schneller bei der Sache“, sagt NÖ GVV-Präsident LAbg. Bgm. Rupert Dworak: „Das bedarf eines eingehenden Reformprozesses, aber

selbst der Rechnungshof hat festgestellt, dass wir im Verwaltungsbereich viel zu teuer produzieren. Die Steiermark ist uns hier einen Schritt voraus und hat kleinere Bezirkshauptmannschaften zusammengelegt. Ein wichtiger Schritt für NÖ wäre es, Aufgaben von den BHs auf Gebietsgemeinden zu übertragen. Dabei könnten die BH-Juristen in diesen Gebietsgemeinden durchaus als Experten mitarbeiten.“

„Doppelgleisigkeiten müssen entschieden hinterfragt werden, um eine transparente Kompetenzverteilung für eine moderne und zielgenaue Verwaltung zu ermöglichen, die den Ansprüchen der BürgerInnen gerecht wird“, ist sich Stadler sicher: „Die Kommunen sollen Kompetenzcenter für BürgerInnen sein, die BHs Kompetenzzentren für die Gemeinden.“

Foto: SPNÖ

31,6 Mio. Euro zusätzlich für die nö. Gemeinden!“

Im April wurden im Ministerrat 175 Millionen Euro für kommunale Bauinvestitionen für die Jahre 2017 und 2018 beschlossen. NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak freut sich: „Für die niederösterreichischen Gemeinden bedeutet das eine Investitionsprämie von satten 31,6 Millionen Euro!“



Bundeskanzler Christian Kern und NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak.

SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Christian Kern: „Diese 175 Millionen sollen gut 750 Millionen Euro an weiteren Investitionen auslösen und so rund 8.500 neue Arbeitsplätze schaffen.“

Auf SPÖ-Initiative werden

- alle Gemeinden – es gibt keine Bevorzugung der großen gegenüber den kleinen –
- auf einfache, unbürokratische Art
- dazu angeregt, aktiv zu werden und zu investieren,
- und mit Aufträgen, die in der Region bleiben, Jobs zu schaffen.

Dworak: „Die Fördermittel, rund 20 Euro pro EinwohnerIn, sollen rasch ausgezahlt werden, damit möglichst noch 2017 zusätzliche Investitionen ausgelöst werden.“

Für Bundeskanzler Christian Kern ist dies „ein weiterer wichtiger Schritt, Investitionen und

Fotos: NÖ GVV/Jäger

Kaufkraft zu stärken. Ein großer Teil dieser Investitionen kommt Klein- und Mittelunternehmen aus der Region zugute, und wir wis-

Förderungen sollen für Investitions- & Bauboom sorgen

sen: Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft“.

Welche Gemeinden gefördert werden:

Jede Gemeinde bekommt einen eigenen Prämientopf, den sie durch Investitionsprojekte ausschöpfen kann. Große Gemeinden werden gegenüber kleinen nicht bevorzugt.

Beispiele zur Orientierung:

- durchschnittliche Gemeinde mit 1.500 EW -> rund 28.000 Euro (vor Abzug der Abwicklungskosten)
- durchschnittliche Stadt mit

15.000 EW -> rund 290.000 Euro (vor Abzug der Abwicklungskosten).

Höhe der Förderungen:

Investiert eine Gemeinde in ein neues Projekt, werden 25 Prozent der Investition gefördert. Jede Gemeinde kann mehrere Projekte einreichen.

Welche Projekte gefördert werden:

Es profitieren alle Gemeinden, die zusätzliche Investitionen tätigen. Gefördert werden also Projekte, die nach dem 31.12.2016 budgetiert wurden und Projekte, mit deren Bau noch nicht begonnen wurde.

Wie viel Geld genau für jede einzelne Gemeinde zur Verfügung steht, kann auf der Homepage des Finanzministeriums nachgelesen werden.

Ein „Bürgermeister der Herzen“



25 JAHRE BÜRGERMEISTER - dieses seltene Jubiläum beging kürzlich Franz Antoni (r.), seines Zeichens Orts-Chef von Enzenreith im Bezirk Neunkirchen. Unter den vielen Gratulanten auch (v.l.) NÖ GV-Präsident - und Bürgermeister der Nachbargemeinde Ternitz - Rupert Dworak, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.^a Karin Renner und NR Johann Hechtl. Franz Antoni wurde von einer Journalistin in einem Kommentar als „Bürgermeister der Herzen“ bezeichnet - und das ganz zu Recht. Auch der NÖ GVV gratuliert herzlich zum Jubiläum!

WOHNRAUM. LEBENSRAUM. **gebös**

SOFORTIGES EIGENTUM





Gediegene Dachgeschosswohnungen

1150 Wien, Pilgerimgasse 25
1150 Wien, Witzelsberggasse 12

- Nutzflächen: 99 - 105 m² + 132 m²
- Dachterrasse

WOHNUNGSBERATUNG UND VERKAUF
Gebös Baugenossenschaft
T 02253/58 0 85
E geboes@geboes.at
I www.geboes.at

**PROVISIONS-FREI!
DIREKT VOM BAUTRÄGER!**

Die Wohnungen werden unmobiliert zum Kauf angeboten.

Foto: RAXmedia

Österr. Gemeindebund: Wechsel an der Spitze

Der Grafenwörther Bürgermeister Alfred Riedl wurde in einer Kampfabstimmung als Nachfolger von Helmut Mödlhammer zum neuen Präsidenten des Österr. Gemeindebund gewählt, NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak zu seinem Stellvertreter.

Auf Riedl entfielen 37 der insgesamt 59 abgegebenen Stimmen im Vorstand. Riedl setzte sich damit gegen Mitbewerber Günther Mitterer, Bürgermeister von St. Johann im Pongau und Chef des Salzburger Gemeindeverbandes, in geheimer Wahl durch. Als Vizepräsidenten wurden der Oberösterreicher Johann Hingsamer (VP) und Rupert Dworak (SP), Präsident des Verbandes sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ, gewählt.

Dworak: „Alfred Riedl war in Niederösterreich für uns immer ein

fähiger Partner bei den Verhandlungen im Land und bei den Kommunalgesprächen. Er hat auch bei den letzten, sehr schwierigen Verhandlungen zum Finanzausgleich gezeigt, dass er ein sehr kompetenter und verlässlicher Partner der Gemeinden ist. Ich denke, dass wir jetzt im Gemeindebund für die Zukunft sehr gut aufgestellt sind.“

„Ich freue mich sehr über die neue Funktion im Österreichischen Gemeindebund“, sagt der frisch gewählte Gemeindebund-Präsident. Für den erfahrenen Gemeindever-

treter, er ist auch Präsident des nö. Gemeindebund (vormals GVV der NÖVP), steht die positive Zukunft der Gemeinden im Vordergrund seiner Arbeit.

„Dazu muss sichergestellt sein, dass es für die Menschen, die in unseren Gemeinden und Städten leben, die gleichen Chancen und bestmögliche Voraussetzungen für die Sicherung unserer Zukunft gibt. Das betrifft vor allem die Infrastruktur, den Zugang zur Bildung und auch die Arbeitsplätze. Wir müssen auch um die finanzielle Basis unserer Gemeinden kämpfen“, sagt Alfred Riedl.

Der Gemeindebund-Vorstand setzt sich aus 65 BürgermeisterInnen aus ganz Österreich zusammen, jeder Landesverband entsendet - berechnet nach Größe des Bundeslandes - seine Mitglieder.



Foto: Österreichischer Gemeindebund

Die neue Spitze des Österreichischen Gemeindebunds (v.l.): 2. Vizepräsident-Rupert Dworak, Präsident Alfred Riedl, 1. Vizepräsident Johann Hingsamer, Generalsekretär Walter Leiss



Manuela Zebenholzer (41)

Die Macherin

Beruflich steht sie schon seit langem ihre Frau: Beim Büromöbelerzeuger bene ist sie erfolgreich im mittleren Management tätig. Jetzt gelang ihr auch in der Politik eine bemerkenswerte Karriere. Und das als absoluter Neuling. Manuela Zebenholzer (41) ist erst seit der Gemeinderatswahl 2015 Mandatarin im Ortsparlament. Nur 16 Monate später avancierte die zweifache Mutter, die gerade ein drittes Mal schwanger war, zur SPÖ-Bürgermeisterin von Hollenstein (Bezirk AM). Dabei ist die politische Quereinsteigerin dort weder geboren noch aufgewachsen.

Es war die Liebe, die Manuela Lindner aus ihrer Heimatgemeinde Göstling nach Hollenstein gebracht hat. Herbert Zebenholzer (46) hatte die Manuela 1995 bei einem „Tanz in den Mai“ kennen gelernt. Zwischen den beiden hat es sofort gefunkt und Manuela folgt ihrem Herbert (O-Ton Manuela: „Die große Liebe meines Lebens“) nach Hollenstein. Zehn Jahre später, am 12.11.2005, wurde das Glück durch eine Hochzeit und die Geburt des ersten Kindes Anna (heute 11) gekrönt. Die Kinder Sara (3) und Benjamin (*3.12.2016) folgten.

Eine politische Karriere war bei Manuela nicht abzusehen. Denn sie wurde in eine Familie geboren, da war Politik einfach kein Thema. „Da gab es überhaupt keine Berührungspunkte.“ Mutter Leopoldine Lindner (60), eine ausgebildete Krankenschwester, betrieb mit Vater Christian Lindner (63) eine Trafik in Göstling an der Ybbs - mit Jahreswechsel gingen sie nun beide in Pension. Die Lindners haben drei Kinder, neben Manuela, sie ist die Älteste, gibt es noch Christine (39) und Johannes (29).

Fotos: NÖ GW/Hellm, privat

Nach der Volksschule besuchte Manuela erst die Sporthauptschule in Göstling und wechselte dann in die HLA für Umwelt und Wirtschaft im Yspertal. „Ich war dort Pionier, also im allerersten Jahrgang. Für mich war es eine glückliche Fügung mehrerer Umstände, dass ich überhaupt dorthin durfte. Die katholische Privatschule hatte zwar ein Internat, die Internatsschüler waren aber lauter Burschen, also durfte ich das Internat nicht besuchen.“ Der Ausweg aus der Misere: Manuela fand vor Ort privat Unterkunft bei einer lieben Familie, die noch dazu zufällig auch Lindner hieß. „Ich wurde sehr gut aufgenommen und dort die fünf Jahre bis zur Matu-

Blitzkarriere: Nach nur 16 Monaten im Gemeinderat schon Bürgermeisterin

ra wie das vierte eigene Kind dieser Familie behandelt. Bis heute bin ich meiner Gastfamilie mit großer Zuneigung verbunden.“

Nach der Reifeprüfung erfolgte der Einstieg ins Berufsleben bei der Firma Welser Profile, ein metallverarbeitender Betrieb in Ybbsitz. Dort hatte Manuela Lindner schon vorher als Ferialpraktikantin in der Stanzerei gearbeitet. Als sie fix dort anfang, durchlief sie zuerst einmal alle Abteilungen des Hauses. Später machte sie schließlich auch noch die anspruchsvolle Ausbildung zur *Qualitäts- und Umweltmanagerin* - und arbeitete als solche bei Welser bis zur Geburt ihres ersten Kindes im Jahr 2005. Nach der Karenz reagierte sie auf eine Ausschreibung des Waidhofener Büromöbelherstellers bene, der einen Qualitäts- und Umweltmanager suchte und wurde dort aufgenommen.

Die Politik trat erst in ihr Leben, als sie 1995 der Liebe wegen zu Herbert Zebenholzer nach Hollenstein gezogen ist. Dort lernte sie den damaligen SPÖ-Bürgermeister Franz Gratzer kennen und schätzen. „Der Franz war für mich sozusagen der Einstieg in die Welt der Politik.“ Vor der Gemeinderatswahl 2000 hat sie dann der charismatische Ortschef gefragt, ob sie nicht als Parteiunabhängige auf die SPÖ-Kandidatenliste gehen wolle. Das fiel ihr nicht schwer, sie sagte zu.

„Die klassischen sozialdemokratischen Werte haben sich immer schon mit meinen privaten Wertvorstellungen gedeckt. Die spiegeln auch mein Naturell wieder.“ Obwohl schon bei der GRW 2000 das erste Mal auf der SPÖ-Kandidatenliste, debütierte Manuela Zebenholzer erst 2015 im Gemeinderat. Aber dann ging alles rasend schnell. Als der Gratzler-Nachfolger Manfred Gruber im Frühjahr 2016 das Bürgermeisteramt niederlegte, einigte sich die SPÖ-Fraktion blitzschnell auf die Newcomerin. Und auch bei der BGM-Wahl im Gemeinderat herrschte Einstimmigkeit: Sie bekam alle zehn SPÖ- und

alle neun ÖVP-Stimmen. So wurde Manuela Zebenholzer, noch keine eineinhalb Jahre im Ortsparlament, quasi als Quereinsteigerin neue Bürgermeisterin. Mit einem anspruchsvollen Brot-Job im mittleren Management, zwei minderjährigen Kindern zu Hause und mit dem dritten Kind schwanger!

Aber wieso hat sie sich das Bürgermeisteramt auch noch angetan? „Ich sehe das als große Chance, den Ort weiter zu entwickeln. Ich liebe es, zu gestalten. Eine so direkte Einflussnahme auf den Lauf der Dinge ist sonst kaum wo möglich.“ Manuela Zebenholzer verkörpert wirklich das, was man gemeinhin eine Macherin nennt. Das Schaffen ist ihre Triebfeder. „Es gibt in der Gemeinde so viele spannende Projekte, die wir entwickeln. Und das taugt mir sehr.“ Was steht an? Zebenholzer: „Nach einem schweren Murenabgang 2014 sind die Folgen zwar beseitigt, aber jetzt wird ein Auffangbecken gebaut, ein Megaprojekt. Die dringend notwendige Renovierung des Rathauses ist auch ein großes Thema. Die Herausforderung dabei: Das mehr als 400 Jahre alte Haus steht unter Denkmalschutz.“

Bevor Zebenholzer das Amt angenommen hat, galt es, die Sache mit der Familie abzuklären. „Das wichtigste Gespräch war natürlich mit meinem Mann. Aber den musste ich gar nicht überzeugen, der hat mir von Anfang an seine volle Unterstützung zugesagt.“ Und Herbert Zebenholzer, der

Der Papa ist eine große Hilfe - mit April geht er für ein Jahr in Väterkarenz

selbst in der Firma bene als Produktionstechniker beschäftigt ist, machte auch gleich ernst mit seinem Versprechen - er ging mit 1. April für ein Jahr in Väterkarenz. Gleichzeitig nahm Manuela Zebenholzer - nach Mutterschutz und Karenz - wieder ihren Job bei bene auf. Allerdings nur mehr in Teilzeitbeschäftigung.

Bis jetzt hatte die Frau Bürgermeister ihren jüngst Geborenen immer dabei: Im Rathaus, bei Terminen, sogar schon auf dem Rednerpodium. „Der Benjamin ist extrem brav - und bei den RathausmitarbeiterInnen der Hahn im Korb“, freut sich die Mama. Das Ehepaar Zebenholzer kann in Sachen Kinderbetreuung aber auch auf intakte und erstklassige Großeltern-Strukturen zurückgreifen. Die Bürgermeisterin: „Das ist enorm viel wert und ich möchte mich dafür auch bei meinen Eltern und Schwiegereltern ganz, ganz herzlich bedanken. Im Notfall genügt auch ganz kurzfristig ein Anruf und das Betreuungsproblem ist gelöst.“



Manuela Zebenholzer mit Gatten Herbert und den Kindern Anna (11), Sara (3) und Nesthäkchen Benjamin.



Herrlicher Panoramablick auf die Ötztal-Region - bei Touristen aus dem In- und Ausland sehr beliebt.

Tourismusbilanz der Gemeinden

2016 hat der NÖ Tourismus gegenüber 2015 ein Nächtigungsplus um 98.000 oder 1,4 Prozent auf rund 6,9 Millionen Übernachtungen erzielt.

Waldviertel: Hier hat es bei den Übernachtungszahlen viele Gewinner gegeben. Moorbach Harbach hat mit 244.900 Nächtigungen ein um 0,3 Prozent besseres Ergebnis erzielt als 2015 und bleibt mit Abstand größte Tourismusgemeinde in der Region. Auch in anderen Waldviertler Kommunen sind die Übernachtungszahlen erfreulich gestiegen: Groß Gerungs (+7,8% auf 96.600) Gmünd (+5,9% auf 75.100), Langenlois (+9,9% auf 61.200), Gars/Kamp (+0,9% auf 60.700), Zwettl (+9,6% auf 59.400), Raabs/Thaya (+31,3% auf 38.000) und Litschau (+4,7% auf 31.200). Mehr oder weniger gleich geblieben sind Ottenschlag mit 66.900 bzw. Bad Traunstein mit 66.300 Nächtigungen. Weniger gut gelaufen ist es sowohl in Bad Großpeterholz (-4,4% auf 34.100) als auch in Rastenfeld (-8,5% auf 32.900).

Weinviertel: Bad Pirawarth, die größte Tourismusgemeinde im nordöstlichen NÖ, hat auch 2016 bei den Übernachtungszahlen zulegen können (+1,9%) auf 109.800 Nächtigungen. Positiv sind auch die Ergebnisse in jenen Gemeinden ausgefallen, wo Beherbergungsbetriebe mit hohem Qualitätsstandard locken: In Laa/Thaya stieg die Zahl der Nächtigungen um 7,8% auf 71.000, in Retz um 27 Prozent auf 33.400 und in Poysdorf um 22% auf 29.900. Ebenfalls beachtlich ist das Ergebnis von Gerasdorf bei Wien, das einen Nächtigungszuwachs um 3,5% auf 58.700 verbuchen konnte. Zufriedene Gesichter auch in Stockerau - plus 9,6% auf 37.300 Übernachtungen und in Wolkersdorf (+11,4% auf 21.800).

Wienerwald und Wiener Umland: In NÖ nächtigungsstärkster Tourismusgemeinde, der Kurstadt Baden, geht es wieder erkennbar aufwärts. Im Vorjahr erreichte Baden 414.940 Nächtigungen (+7,2%). Auch Schwechat, die Nr.2 im NÖ Tourismus, hat ein Plus von 4,9% auf 307.700 Nächtigungen erzielt.

Südlich von Wien gut gelaufen ist es im Vorjahr für Vösendorf (+1,7% auf 236.400 Nächtigungen), Gumpoldskirchen (+5% auf 43.000) und Mödling (+50,3% auf 39.400), nicht gut für Bad Vöslau (-2,3% auf 133.000) und Perchtoldsdorf (-4,8% auf 57.300). Auch Guntramsdorf hat leicht verloren - minus 0,9% auf 56.500.

Wiener Alpen in NÖ: Bad Schönau, bei den Übernachtungszahlen das touristische Zugpferd im Süden NÖ, erreichte 223.800 Nächtigungen - ein Rückgang um 6,8%. Wieder erkennbar im Aufwind sind Grimmenstein (+3,6% auf 87.500 Nächtigungen) und Semmering (+0,1% auf 68.800). Puchberg am Schneeberg hat mit 74.200 Nächtigungen nahezu dasselbe Ergebnis erreicht wie 2015. Unter den prominenten Verlierern in der Tourismusregion Wiener Alpen finden sich Reichenau/Rax (-1,1% auf 133.700 Nächtigungen) und die Stadt Wr. Neustadt, die 10,4% eingebüßt hat und 2016 auf 93.600 Übernachtungen gekommen ist.

Mostviertel: Mit Hilfe des neuen JUFA-Hotels hat Annaberg den Turnaround geschafft. Die Tourismusgemeinde verbuchte einen Anstieg um 28,3 Prozent auf 62.900 Nächtigungen. Dagegen hat Göstling/Ybbs,

Standortgemeinde des zweiten JUFA-Hauses auf dem Hochkar, 5,8% verloren und im Vorjahr nur noch 93.600 Nächtigungen erreicht. Zu den Gewinnern im Mostviertel zählen u.a. Gaming (+1% auf 75.000 Übernachtungen), Waidhofen an der Ybbs (+21,8% auf 66.500), Altengbach (+37,9% auf 40.800), Amstetten (+1,8% auf 39.500), St. Valentin (+3,5% auf 34.800) und Herzogenburg (+21,8% auf 30.300). Größte Tourismusgemeinde im Mostviertel ist St. Pölten, die 2016 einen leichten Anstieg um 0,9 Prozent auf 141.900 Nächtigungen verzeichnen konnte.

Donau Niederösterreich: Die Stadt Krems hat mit einem Zuwachs von 1,2% auf 280.000 Übernachtungen ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Damit liegt die Wachau-Metropole im Ranking der NÖ Tourismusgemeinden auf dem 3. Platz. An der Donau positiv bilanzieren u.a. auch Melk (+12,5% auf 60.900), Dürnstein (+0,3% auf 53.800), Weißenkirchen in der Wachau (+2,5% auf 51.800), Bad Deutsch-Altenburg (+2,8% auf 51.100), Emmersdorf (+6,3% auf 42.000), Rossatz-Arnsdorf (+7,8% auf 37.100), Maria Taferl (+0,5% auf 34.300) und Pöchlarn (+7,7% auf 24.600). Geschwächtelt haben im Tourismusjahr 2016 an der Donau die Städte Klosterneuburg (-21,6% auf 101.800 Nächtigungen) und Tulln (-2,2% auf 82.500 Übernachtungen), Spitz/Donau (-1,4% auf 70.000), Fischamend (-1,5% auf 55.500) und Schönbühel-Aggsbach (-7,7% auf 18.900 Nächtigungen).

Quelle: NÖ Wirtschaftspresse

Foto: Niederösterreich Werbung/Michael Liebert

KOPAK-Schwerpunkt für die Kleinen

GVV-Betreuungsaktion mit Top-Experten für sehr kleine Minderheitsfraktionen

Das NÖ GVV-Projekt zur besonderen Unterstützung von Kleinstfraktionen (sprich 1-4 MandatarInnen), wurde schon im Frühjahr 2016 gestartet und wird nun weitergeführt.

In sieben niederösterreichischen Regionen finden vor Ort mit den jeweiligen Kleinstfraktionen eigene Betreuungsworkshops statt. Dort werden mit den MandatarInnen unter der kundigen Leitung von den beiden AgenturcheffInnen und PolitikberaterInnen Martina Ackerl und Franz Kornberger Aktivitäten und Projekte, die mit geringem Aufwand in den jeweiligen Gemeinden umgesetzt werden sollen, entwickelt.

Hintergrund: Ziel ist eine klare



Agenturchefin Martina Ackerl



Politikberater Franz Kornberger

Positionierung der jeweiligen Gemeinde-SPÖ und auch die Schaffung der Möglichkeit, durch diese neuen Projekte neue MitarbeiterInnen für die fraktionelle Arbeit gewinnen zu können.

Hier einmal die Termine zum Vormerken (die jeweiligen Einladungen mit den genauen Veranstaltungsorten werden noch schriftlich

verschickt).

Industrieviertel Nord:

9. Juni, 18.00 Uhr

Industrieviertel Süd:

10. Juni, 9.00 Uhr

Region Ost: 10. Juni, 14.30 Uhr

Zentralraum: 12. Juni, 18.30 Uhr

Mostviertel: 13. Juni, 18.30 Uhr

Waldviertel: 24. Juni, 9.00 Uhr

Weinviertel: 24. Juni, 14.30 Uhr.

WENIGSTENS LANDE ICH IN EINEM EINBETTZIMMER.

JETZT NEUE APP DOWNLOADEN
FÜR DIE UNTERHALTUNG

PAUL PECH EMPFIEHLT:
Unsere Sonderklasse mit dem Einbettzimmer-Zusatzpaket.

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

[f/wienerstaetische](https://www.wienerstaetische.at)
IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN



SPÖ-Fraktions-Chef, Ortspartei-Chef und Mobilitätsbeauftragter der Gemeinde: GGR Ernst Friedl (61) war ÖBB-Zentralbetriebsrat (VIDA) und auch im Aufsichtsrat bei der Personenverkehr AG, seit 2014 ist er in Pension.

Bad Pirawarth, Bezirk GF

Dem Orts-Chef auf die Finger schauen

Sieben rote MandatarInnen stehen in der 1.600-Seelen Gemeinde Bad Pirawarth zwölf schwarzen gegenüber. Ihre Rolle hat die rege SPÖ-Fraktion rund um GGR Ernst Friedl längst gefunden: Sie schaut dem schwarzen Bürgermeister genau auf die Finger. Das ist auch bitter nötig, denn selbst die ÖVP-Fraktion verweigerte diesem mehrmals die Zustimmung zu seinem Budgetvoranschlag.

Dass einem Bürgermeister von der eigenen Fraktion im Gemeinderat die Zustimmung zu seinem Budget-Voranschlag verweigert wird, kommt nicht gerade oft vor. Kurt Jantschitsch, ÖVP-Bürgermeister in Bad Pirawarth, ist das im vergangenen Herbst gleich zweimal passiert. Nicht nur die SPÖ-Fraktion, auch einige seiner eigenen ÖVP Mandatäre lehnten seinen Voranschlag für 2017 ab. Erst im dritten Anlauf, bei der GR-Sitzung am 27. März bekam der Bürgermeister seine eigenen Leute wieder in den Griff und sie segneten den Voranschlag geschlossen ab.

SPÖ-Chef Ernst Friedl: „Wir haben unsere Zustimmung verweigert, weil die beiden Großprojekte Dorfplatz Kollnbrunn und Kurpromenade Bad Pirawarth viel zu teuer sind, zumal noch ganz andere Projekte wichtiger wären: Die in einem Gemeindegebäude untergebrachte Arztpraxis ist viel zu klein, die Verabschiedungshalle beim Friedhof und das Kindergar-

tengebäude sind dringend sanierungsbedürftig.“

Wie ist derzeit die politische Situation, Atmosphäre im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP eine Zusammenarbeit oder gar ein Koalitionsabkommen? Friedl: „Nach unserer mehrfachen Weigerung, dem Budget des Bürgermeisters zuzustimmen, ist die Stimmung im Gemeinderat nun sicherlich angespannt. Auch ist der Bürgermeister vom Verhalten seiner eigenen Leute enttäuscht. Ansonsten dringt von Internas nicht viel hinaus. Wir werden jetzt nicht den Fehler machen, uns als Streithansln hinstellen zu lassen. Wir versuchen in anderen Punkten durchaus wieder konstruktiv mitzuarbeiten und uns dabei beihnart an unser eigenes, 2015 beschlossenes Wahlprogramm, zu halten. Ein Koalitionsabkommen gibt es nicht. Ob wir wo zustimmen oder nicht, wird von Punkt zu Punkt entschieden.“

Bekommt die SPÖ alle nötigen Informationen von der VP-Mehr-

heit? Friedl: „Wir sehen das als Hol-Schuld und holen uns demnach die Infos, die wir brauchen. Und auf Anfrage bekommen wir eigentlich alles, was wir brauchen. Im Großen und Ganzen haben wir eine gute Arbeitsbasis. Wir versuchen auch keine ideologische, sondern einen Sachpolitik zu machen und das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Anträgen durch? Friedl: „Ja, durchaus. Unsere Anträge werden immer schon in der Vorstandssitzung vorbereitet und in der Regel finden sie sich dann auch auf der Tagesordnung wieder. Und wenn einmal nicht, arbeiten wir halt mit einer Dringlichen.“

Werden den SPÖ-Mandatären Repräsentationsaufgaben übertragen? Friedl: „Nein. Wir werden zur gemeinsamen Teilnahme an Veranstaltungen eingeladen, aber offiziell den Bürgermeister habe ich noch nirgends vertreten.“

Wie wichtig ist die Öffentlich-

Fotos: Ernst Semrad



SPÖ-Fraktion Bad Pirawarth (v. l.): GR Rene Donner, GR Franz Paczelt, GGR Renate Kumpan, GGR Ernst Friedl, GR Gabriella Zillinger, GR Siegfried Hader, GR Gerhard Kothmayer.

keitsarbeit und was passiert hier? Friedl: „Wir wissen natürlich, dass das sehr wichtig ist. Wir bringen viermal im Jahr unsere Zeitung *Rundschau* heraus. Die hat immer so 16 Seiten. Layout- und technischemäßig macht die Zeitung unser ehemaliger Gemeinderat Johann Pamminger. Der ist als ehemaliger Ueberreuther-Mann sozusagen vom Fach. Journalistisch machen die Zeitung ich und die GGR Renate Kumpan. Unsere Homepage betreue ich alleine. Um die Kontakte zur lokalen Presse kümmer ich mich persönlich und das funktioniert ganz gut.“

Wenn wir mit bestimmten Themen im Gemeinderat nicht durchkommen, dann setzen wir auch auf Aktionismus und machen Plakataktionen. Was schon oft geholfen hat. Mittlerweile muss ich auf der Gemeinde z. B. nur mehr sagen: An dieser oder jener Stelle brauchen wir einen Verkehrsspiegel und er wird bestellt... Eine Stärke von uns ist auch der direk-

te Bürgerkontakt. Wie kassieren jedes Jahr die Mitgliedsbeiträge bei Hausbesuchen ein und vor einer Wahl machen wir Hausbesuche in allen Haushalten. Eine weitere Stärke von uns ist, dass wir viel Erfahrung haben, in den Vereinen gut verankert und deshalb auch bei den Jungen beliebt sind.“

Aktivitäten im Jahresverlauf? Friedl: „Wir haben im Ort sehr viele Veranstaltungen von unseren Vereinen. Um da nicht zu viel Konkurrenz zu machen, halten wir uns mit eigenen Veranstaltungen zurück. Heuer hatten wir im Jänner einen Arbeiterball. Den richten wir alle zwei Jahre aus und der ist immer recht gut besucht. Zu St. Valentin machen wir eine Nelkenverteilaktion, zu Schulbeginn bekommen die Taferlklassler Schultüten von unseren Kinderfreunden. Jedes Jahr Ende August veranstalten wir einen Tagesausflug mit dem Bus. Traditionell und gut besucht ist auch unsere jährliche Adventfeier.“

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden? Friedl: „Es ist insofern schwierig, weil in der Regel die Menschen, die mit uns sympathisieren, tatsächlich meist davor zurückschrecken, sich offen für uns zu deklarieren oder gar mit uns zu arbeiten. Aus Angst vor persönlichen Konsequenzen im Privat- und/oder Berufsleben. Das ist bitter und macht die Suche nach Kandidaten für die Gemeinderatsliste extrem mühsam. Immer wieder bekommen wir anerkennendes Schulterklopfen und Ansgen wie *Bitte macht unbedingt so weiter, aber bitte ohne mich*. Die Leute schätzen unsere Kontrollfunktion in der Gemeinde sehr, trauen sich aber oft nicht, sich zu outen und bei uns offen mitzumachen.“

Ziele für GRW 2020? Friedl: „Ganz klar: das achte Mandat zurück holen, vielleicht sogar ein neuntes. Weiters wollen wir die Fraktion verjüngen, wir arbeiten schon jetzt an der neuen Liste.“

Die Digitalisierung bringt uns neue Chancen

Neue Technologien, Computerprogramme, Roboter - die Digitalisierung beeinflusst auch Ausbildung und Arbeitsmarkt massiv. Diese gänzlich neue Arbeitswelt hat große Auswirkungen auf das öffentliche und private Leben. Wollen wir mehr Chancen für Frauen schaffen, müssen wir die Zukunft der Arbeit aktiv gestalten - etwa durch gezieltere Qualifizierung oder verstärkte Investitionen durch Unternehmen und die öffentliche Hand. Als SPÖ sind wir aber gefordert, dafür zu sorgen, dass niemand dabei auf der Strecke bleibt.

Bundeskanzler Christian Kern tritt in seinem Plan A für einen Mindestlohn von zumindest 1.500 Euro brutto ein. Die Gehaltstransparenz soll ausgebaut und ein Rechtsanspruch auf einen Gratis-

Kindergartenplatz für Ein- bis Sechsjährige eingeführt werden, der ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr beinhaltet.

Frauenquoten in Aufsichtsräten sollen dabei helfen, die gläserne Decke zu durchstoßen. Bessere Rahmenbedingungen und Arbeitsplätze für ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre und die Abschaffung des Pflegeregresses sind ebenso Teil von „Plan A“.

Worauf warten? Mehr Schwung und Dynamik bei der Umsetzung - das ist das Ergebnis des Plan A. Wir wollen neue Chancen für Frauen schaffen. Das ist Thema der Frühjahrskampagne der SPÖ-Frauen. Dazu werden Frauen in ganz Österreich bei Hausbesuchen und Straßenaktionen nach ihren Wünschen, Vorstellungen und Forderungen zum Thema Arbeit befragt.

Um Perspektiven für die Zukunft geht es auch bei einer Reihe von Veranstaltungen in diesem Jahr.

Achtung: Die Umfrage kann online unter <http://umfrage.headroom.at/98716> gemacht werden oder einfach die Fragebögen in Papierform unter annemarie.mitterlehner@spoe.at oder bei den jeweiligen Bezirksfrauenvorsitzenden anfordern.



von Anni Mitterlehner, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

64. Österreichischer Gemeindetag

Am 29./30. Juni in der Stadt Salzburg - wieder mit großer Kommunalmesse

Das Motto für den Gemeindetag 2017 lautet: „Ursprünglich - innovativ“. Und es wird auch in Salzburg auf rund 14.000 Quadratmetern eine Kommunalmesse geben.

Am Donnerstag, dem 29. Juni, öffnen ab 8 Uhr Gemeindetag und Kommunalmesse ihre Pforten. Nach den schon traditionellen Messerundgängen wird die Fachtagung des Gemeindetages um 14 Uhr der erste Höhepunkt sein. Am Freitag, den 30. Juni, werden wieder höchste politische Vertreter erwartet. Um 9.30 Uhr beginnt die Haupttagung, im An-



schluss daran wird es einen abschließenden Messerundgang geben, um 13 Uhr enden Gemeindetag und Kommunalmesse. Anmeldung und alle Infos unter www.gemeindetag.at.

Foto: z.V.g., Wikipedia

Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft



eingetragene Gen.m.b.H. in St. Pölten, Josefstraße 70-72

GÜNSTIGES WOHNEN mit der WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT ST. PÖLTEN



Foto: Fotolia

Sofort beziehbar

- St. Pölten - Harland, Theresienhofgasse 6/1/2 (Balkon) Wohnnutzfläche 79,63 m², Finanzierungsbeitrag: variabel, mtl. € 536,27 inkl. BK HWB-ref= ≤ 61 kWh/m²a
- Groß-Sierning, Tulpenring 21/4/1 (Balkon) Wohnnutzfläche 80,68 m², Finanzierungsbeitrag: variabel, mtl. € 476,12 inkl. BK HWB-ref= ≤ 52 kWh/m²a
- Traismauer, E-Werk-Gasse 2/16 Wohnnutzfläche 23 m², Kautio: € 1.000,-- mtl. € 170,-- inkl. BK HWB-ref= ≤ 35 kWh/m²a
- Herzogenburg, Brunnenfeldweg 1c/6 Wohnnutzfläche 86,81 m², Finanzierungsbeitrag: variabel, mtl. € 569,-- , HWB-ref= ≤ 51 kWh/m²

Aktuelle Projekte

- St. Pölten - Süd, Handel-Mazzetti-Straße Wohnungen mit Eigentumsoption HWB-ref= ≤ 21 kWh/m²a, 'GEE 0,8
- St. Pölten-Harland, Doppelhäuser Rosa Jochmann-Straße (in Planung)
- St. Pölten - Süd (Nähe VAZ) Junges Wohnen Karl Pfeffer-Gasse, HWB-ref= ≤ 26 kWh/m²a, 'GEE 0,75
- Weinburg, Mohnblumengasse Reihen- und Doppelhäuser HWB-ref= ≤ 30 kWh/m²a, 'GEE 0,7
- Herzogenburg, Junges Wohnen Schillerring, HWB-ref= ≤ 26 kWh/m²a, 'GEE 0,75
- Hainfeld, Traisner Straße/Nelkenweg Wohnungen, Reihen- und Doppelhäuser mit Eigentumsoption HWB-ref= ≤ 24 kWh/m²a, 'GEE 0,8

Jetzt kostenlos anmelden!

www.wohnungsgen.at

Tel.: 02742/77 288 - DW 14, Fax: 02742/73458 E-mail: wohnungsberatung@wohnungsgen.at

Betreutes Wohnen in Ternitz

Ein erfolgreiches Projekt wird erweitert! Es sind noch Wohnungen frei.



Geförderte Mietwohnungen in Ternitz, Kreuzäckergasse 9 B, Bezirk Neunkirchen.

Wenn es eine Wohnhausanlage schafft, eine wunderbare Symbiose für Jung und Alt zu schaffen, wird es Zeit für eine Erweiterung. Das Projekt „Betreutes Wohnen“ der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft „Arthur Krupp“ Ges.m.b.H., das in der Kreuzäckergasse 9 B, in Ternitz, errichtet wird, umfasst 2 Bauteile und ist ganz speziell auf die Bedürfnisse älterer oder betreuungsbedürftiger Menschen abgestimmt. Gleichzeitig findet die ganze Familie eine ideale Verkehrsanbindung für regelmäßige Besuche. Die Lage bietet eine ausgewogene Balance zwischen Ruhe, Erholung und Privatsphäre, andererseits sind Geschäfte, Schulen, Kindergärten und Behörden in unmittelbarer Nähe. Egal, ob Sie rasch einen Einkauf zu erledigen, einen Amtsweg vor sich haben oder einen Arzt benötigen: Alles befindet sich im nahen Umfeld.

Komfort ist unsere Priorität: Deshalb sorgen die Ziegelbauweise und die biogene Fernwärme für ein angenehmes Raumklima und wohlige Wärme bei umweltfreundlicher Energieversorgung. Durch den Einbau wassersparender Armaturen und Spülkästen kann der Wasserverbrauch reduziert werden.

Wenn es wirklich schnell gehen muss, sind wir bestens vorbereitet.

Zu den zahlreichen nützlichen Ausstattungsdetails zählen deshalb eine Armbandnotrufsender-Grundausstattung sowie die im 1. Bauteil befindliche Arztpraxis. So können Sie sich rund um die Uhr sicher fühlen.

EINIGE WICHTIGE FAKTEN:

Anzahl der Wohnungen: 20
Wohnungsgrößen: 2-Zimmer-Wohnungen von ca. 49 bis 65 m²

ZUR AUSSTATTUNG:

- Terrassen (bei den Erdgeschoßwohnungen)
- Balkone (bis zu 9 m²)
- 22 Autoabstellplätze im Freien
- SAT-Antennenanschluss (in allen Wohnungen)
- biogene Fernwärme
- Niedrigenergiestandard (Energiekennzahl: 15,5 kWh/m² a)
- kontrollierte Wohnraumlüftung
- Mauerwerk großteils aus keramischen Ziegeln
- Vollwärmeschutzfassade
- Abstellraum (im Erdgeschoß)
- Fahrradabstellraum (im Erdgeschoß)
- Einlagerungsabteile (im Kellergeschoß)
- Trockenraum (im Keller)
- Aufzug
- Aufenthaltsraum (im Erdgeschoß)

- Ärztin für Allgemeinmedizin (im Erdgeschoß des 1. Bauteils)
- Betreuerraum in Erdgeschoß (nur bei Bedarf besetzt)
- barrierefreie Bauweise
- Betreuungspaket der Senecura
- Müllplatz im Freien

FINANZIERUNG – WAS IHRE NEUE WOHNUNG KOSTET:

Unter optimaler Ausnutzung der Niederösterreichischen Wohnbauförderung fällt für die 2-Zimmer-Wohnungen in der Größe von ca. 49 - 65 m² ein Baukostenbeitrag von ca. EUR 9.732,- bis 13.070,- an.

Die monatliche Miete dieser Wohnungen beläuft sich (inklusive Betriebskosten, Heizkosten- und Warmwasserkonto sowie Steuern) auf rund EUR 422,- bis 602,-.

FERTIGSTELLUNG:

Herbst/Winter 2017

AUSKÜNFTE UND INFORMATIONEN:

Kundenberatung der
GEWOG „Arthur Krupp“ Ges.m.b.H.

Frau Petra Zwölfer
Tel.: 02672 82 340 - 20 15
Fax: 02672 85 404
E-Mail: p.zwoelfer@wiensued.at

WERBUNG



Bild oben (v.l.): NÖ Gemeindebundpräsident Bgm. Alfred Riedl, Sportlandesrätin Petra Bohuslav und NÖ GVW-Präsident Bgm. Rupert Dworak unterstützen die SPORT.LAND.-Aktion. Bild links: Bei einem Berglauf kann man besonders gut Bewegungs-Punkte sammeln.

„NÖ-Challenge“: SPORT.LAND. sucht die aktivste Gemeinde

Egal ob man gerne wandert, läuft oder mit dem Fahrrad unterwegs ist, von Juni bis August zählt jede Minute Bewegung in der freien Natur. Dann sucht SPORT.LAND.Niederösterreich mithilfe von „Runtastic“ die aktivste Gemeinde in NÖ. „Mit diesem Wettbewerb wollen wir alle Menschen von jung bis alt zur regelmäßigen Bewegung motivieren“, so Sportlandesrätin Petra Bohuslav.

„Heimat bist du großer Töchter und Söhne“ heißt es neuerlich in der österreichischen Bundeshymne. Im Rahmen der von SPORT.LAND.Niederösterreich initiierten „NÖ-Challenge“ lautet das Motto bald „Gemeinden bist du aktiver Bewohner“.

Ab 1. Juni 2017 startet der Wettbewerb, bei dem alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mithelfen können, ihre Gemeinde zur aktivsten des Bundeslandes zu machen. Alles was sie dafür tun müssen, lässt sich in nur drei Schritten erklären: 1. Schritt: Runtastic-App auf

das Smartphone laden, 2. Schritt: Button der „NÖ-Challenge“ aktivieren, 3. Schritt: Sport treiben und sich so viel wie möglich bewegen. Jede sportliche Minute wird anschließend von der App dokumentiert und gleichzeitig automatisch auf das Bewegungskonto der jeweiligen Gemeinde gutgeschrieben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben dabei immer die Möglichkeit, den aktuellen Stand des Wettbewerbs auf der Homepage und den Social Media Kanälen von SPORT.LAND.Niederösterreich mit zu verfolgen.

Abgerechnet wird das große niederösterreichische Bewegungskonto am 31. August 2017. Danach werden die Ortschaften mit den meisten gesammelten Minuten pro Einwohner geehrt und ausgezeichnet. Neben den drei aktivsten Gemeinden in den Kategorien „0 – 2500 Einwohner“, „2501 – 5000 Einwohner“, „5001 – 10.000 Einwohner“ und „über 10.000 Einwohner“, gibt es in einer allumfassenden Individualwertung auch wertvolle Sachpreise für die 1000 aktivsten Mitstreiterinnen und Mitstreiter des Wettbewerbs.

Fotos: SPORT.LAND.Niederösterreich

Weiter Weg zur Schule von morgen

Ein Bericht von Mirza Buljbasic, Vorsitzender SJ NÖ

Demokratiopolitische Defizite bei den Wahlen zur LandesschülerInnenvertretung, die Ganztagschule noch immer auf der langen Bank. Der Weg zur Schule von morgen ist in Österreich noch weit.

SchülerInnen sind heute mit einem System konfrontiert, das starr Lehrpläne und Frontalunterricht vorsieht. Gleichzeitig steigt der Druck, denn auch in der Schule wird immer mehr ökonomisiert. In Ländern mit fortschrittlichen Bildungssystemen ist das undenkbar. Gruppenarbeiten und Eingehen auf die Interessen der SchülerInnen stehen dort ganz oben auf der Tagesordnung.

Während in Österreich die Schule in der Regel zu Mittag endet, ist das Wort Halbtagschule in besagten Ländern ein Fremdwort. Tests zur Ermittlung internationaler Bildungsstandards, wie der PISA-Test, geben Ländern mit Ganztagschule recht. Zusätzlich bedeutet eine Ganztagesbetreuung für SchülerInnen mehr soziale Gerechtigkeit für Frauen. Gerade in Niederösterreich, wo das Tagesbetreuungsnetz im Vergleich zu anderen Bundesländern nur ungenügend ausgebaut ist, bedeutet das ein weiteres Zurückdrängen

von Frauen aus dem Arbeitsleben in die Hausfrauenrolle. Und Teilzeitarbeit wirkt sich erst im Alter so richtig aus: Eine Pension, die ein eigenständiges, würdevolles Leben im Alter ermöglicht, ist nicht möglich. Stattdessen wird die Abhängigkeit vom Mann verstärkt.

Eigentlich sollte Schule die sozialen Ungleichheiten zwischen den SchülerInnen ausgleichen, jedoch werden diese meist verstärkt: Durch die frühe Trennung der Kinder in Gymnasium, Neue Mittelschule und Hauptschule wird schon mit 10 bzw. 14 die Entscheidung vorweggenommen, welchen Bildungsweg das Kind einschlägt: Lehre oder Studium. Diese Entscheidungen werden jedoch keineswegs freiwillig getroffen, sondern sind von den finanziellen Mitteln, der Bildung und der sozialen Lage der Eltern abhängig. Die Schule der Zukunft muss eine Gesamtschule sein.

Leider haben SchülerInnen auch keine Möglichkeiten, um den Schul-

alltag aktiv mitzugestalten oder Mitspracherecht bei der Lehrplanelstellung. Aber nur, wenn SchülerInnen Schule mitgestalten können, wird sie zu einem Ort, an dem sie sich wohlfühlen und auch gut lernen können. Und während SchülerInnen immer mehr in standardisierte Tests geschickt werden, gibt es keine regelmäßigen Standardbewertungen für LehrerInnen. Verpflichtende LehrerInnenfeedbacks würden dafür sorgen, dass auch Lehrpersonen regelmäßig ihre Arbeit evaluieren müssten.

Eine Demokratisierung würden auch die Wahlen zur Landes- und BundesschülerInnenvertretung vertragen: Statt von allen 1,1 Millionen SchülerInnen gewählt zu werden, dürfen nur sehr wenige die SchulsprecherInnen wählen.

Es ist ein weiter Weg, bis wir bei einem perfekten Bildungssystem angekommen sind – Reformen alleine werden nicht reichen, es braucht eine Bildungsrevolution. Es muss umgedacht werden, Schule kann Spaß machen. Und wir brauchen eine Schule, die allen gleiche Chancen bietet, egal wie reich ihre Eltern sind. Wie Heraklit vor über 2000 Jahren schon sagte: „Lehren heißt, ein Feuer entfachen, und nicht, einen leeren Eimer füllen.“



AKS Bildungskongress Ende März - mit Podiumsdiskussion von VertreterInnen der SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen.

This page is powered by:



Foto: SJ NÖ



NÖ GVV-Präsident Bgm. LAbg. Rupert Dworak.

Nö. Wahlrecht dringend reformieren

NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak fordert eine nö. Wahlrechtsreform, die Mehrwertsteuerbefreiung für Feuerwehren und kritisiert Mißstände bei der Einteilung von Mindestsicherungsbeziehern zur Gemeinde-Arbeit.

Wahlrecht neu: Auch im Landtag sprach nun NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak zur Wahlrechtsreform in Niederösterreich. Beim § 34-Antrag betreffend Änderung NÖ Landtagswahlordnung 1992, Änderung NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 ließ Dworak mit seinem Statement aufhorchen: „Selbstverständlich werden wir bei der Anpassung der Landtags- und Gemeinderatsordnung unsere Zustimmung geben. Was uns aber in diesem Zusammenhang von besonderer Wichtigkeit ist, ist in einen breit angelegten Diskurs über eine große Wahlrechtsreform in Niederösterreich einzutreten.“

Dafür wurde ein Unterausschuss eingerichtet, der bereits seine Arbeit aufgenommen hat. Wir fordern alle Parteien auf, Positionen nicht von vornherein als ‚No-go‘ zu klassifizieren, sondern gemeinsam sinnvolle Schritte in ein modernes und transparentes Wahlrecht zu setzen und die verschiedenartigen Vorschläge, etwa in den Bereichen ‚Name vor Partei‘ oder ‚Zweitwohnsitzer‘ tabulos zu diskutieren.“

Mehrwertsteuerbefreiung für FF: „Die Freiwilligen Feuerwehren in Niederösterreich leisten Jahr für Jahr Großartiges und sie stellen einen großen Sicherheitsfaktor für

die NiederösterreicherInnen dar. Die Feuerwehr-Frauen und -Männer zeigen allorts großen Zusammenhalt und finanzieren – neben den wichtigen lebensrettenden Tätigkeiten - durch Sammlungen und Festivitäten oft einen großen Teil von Feuerwehrhaussanierungen, Auto- und Gerätekäufen“, so der Feuerwehr-Sprecher der SPNÖ LAbg. Helmut Schagerl und NÖ GVV-Präsident Dworak unisono. Immer wieder wurden von der SPÖ Initiativen unternommen, die Feuerwehren den Rettungsorganisationen im Punkt des Erlasses der Mehrwertsteuer gleich zu stellen. Dworak: „Leider von ÖVP-Finanzministern immer kalt lächelnd abgeschmettert. Wir müssen Sorge tragen, diese gewachsenen freiwilligen Strukturen bestmöglich zu unterstützen. Sie sind ein Herzstück unserer Gemeinden und schaffen enormen gesellschaftlichen Mehrwert.“ Im nö. Landtag kam es in dieser Sache nun zu einem unerwarteten Schulterschluss mit der FPÖ, die sich für diese langjährige SPÖ-Forderung ebenfalls stark machte.

Daher richteten Dworak und Schagerl einen weiteren Appell an die schwarze Landhausmehrheit, ihrem Finanzminister im Bund

rasch naheulegen, den jahrelangen Nachdenkprozess zu beenden und Positives für die freiwilligen Stützen der Gesellschaft zu bewirken.

Unfug bei MindestsicherungsbezieherInnen. In der Stadt Horn erhielt eine 84-jährige Mindestsicherungsbezieherin Anfang Februar Post von der Stadtgemeinde. Sie wurde darüber informiert, dass sie jederzeit für die Erbringung „gemeinnütziger Hilfstätigkeiten“ – wie z.B. Straßenkehren – herangezogen werden könne. Bei wiederholter Ablehnung müsse sie mit einer Leistungskürzung bis zu 100 Prozent rechnen. Mit Jahresbeginn wurde in Niederösterreich eine Änderung des Mindestsicherungsgesetzes wirksam, die nun ein solches Vorgehen möglich macht.

Davon wenig begeistert zeigt sich NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak: „Dieser Unfug gehört sofort abgestellt. Das führt nur zur völligen Verunsicherung bei den betroffenen Menschen. Die meisten sind ja nicht freiwillig in der Mindestsicherung und der Großteil von ihnen will wieder zurück in ein normales Berufsleben. Das Gesetz, das nun solche Briefe möglich macht, gehört sofort repariert!“



Der Abschied von Landarzt, Hausarzt und Gemeindearzt ist eingeläutet

Dr.in Silvia Reisner-Reininger (52), niedergelassene Ärztin und SPÖ-Mandatarin im Bezirk Amstetten, spricht im KI-Interview darüber, wieso der beliebte Landarzt/Hausarzt vom Aussterben bedroht ist, was sie von den von der Politik angedachten ärztlichen Primärversorgungszentren hält und wieso der klassische Gemeindearzt ebenfalls zu den bedrohten Arten gehört.



Wolfgang Schütz, der frühere Rektor der Medizinischen Universität Wien, hat unlängst in einem Interview mit der Tageszeitung Die Presse gemeint, dass die ärztliche Versorgung in Österreich in zwölf Jahren zusammenbrechen wird. Wie sehen Sie das?

Das sehe ich genauso. Gerade im ländlichen Bereich ist die Attraktivität des Berufes längst nicht mehr so gegeben, wie es das früher war. Nach Abschluss ihrer Ausbildung sind sich heute viele junge Ärzte nicht mehr sicher, ob sie dieses Wagnis eingehen sollen. Aus mehreren Gründen: Da ist auf der einen Seite der Bürokratismus, der einen als niedergelassener Arzt fast erschlägt und mittlerweile ist es auch noch eine finanzielle Frage. Wenn man seinen Turnus macht, dann kann man sich zwar Wohnraum schaffen und seine Familie ernähren, aber man kann kaum so viel auf die Seite legen, dass man dann auch diesen so geldintensiven Aufbau einer Ordination schafft. So wie es früher oft war, dass man die Ordination von einem Kollegen übernimmt und dort auch schon mitgearbeitet hat, das gibt es kaum mehr. Auch ist die Einkommenssituation bei den niedergelassenen Ärzten alles andere als rosig. Die Tarife, die sie für ihre Dienstleistungen von den Kassen bekommen sind zum Teil über Jahre oder sogar

Jahrzehnte nicht mehr erhöht worden. Die Verträge mit den Kassen müssten schon längst überarbeitet werden.

Und darum ist es seit einiger Zeit für Landgemeinden zu schwierig geworden, frei werdende Arztstellen neu zu besetzen, sogar wenn es sich um die früher so begehrten Kassenstellen handelt?

Ja, weil der Zeitaufwand, den man hat, einfach nicht mehr mit der finanziellen Abgeltung zusammen passt. Und je weiter man mit seiner Ordination von den städtischen Strukturen weg ist, desto mehr muss man selber machen. Wenn man also eine Ordination 60 Kilometer weit weg vom nächsten Krankenhaus betreibt, ist man qua-

si der Primärversorger. Alles was zu nähen ist, zum Beispiel, bleibt an einem hängen, man ist auch quasi Unfallambulanz. Wenn es in der Nähe einen Unfall gibt, dann muss man hinfahren – gleichzeitig ist aber vielleicht gerade die Ordination mit Patienten voll, deren Termine koordiniert sind. Und die wollen selbstverständlich zu ihrem Termin

kommen. Trotzdem springst du ins Auto, und fährst zum Unfall – oft mit dem Wissen, dass du vor Ort dann eine gewisse Zeit alleine bist, bis der Notarztwagen kommt. Ich weiß das nur zu gut aus eigener Erfahrung. Als junge Ärztin habe ich einmal Vertretung am Land in Oberösterreich gemacht, wo der Hausarzt gesagt hat: *Wenn Du einen Notfall hast, musst Du den Hubschrauber holen.* – In der Praxis sah das dann so aus: Einmal ist um halb acht in der Früh die Sprechstundenhilfe rein gekom-

Ordi voll, Unfall, Visiten - „Wie schaff ich das nur?“

men und teilte mir mit, dass es im nächsten Ortschaften einen Schlaganfall gibt. An einen Hubschraubereinsatz war aber nicht zu denken, denn es herrschte dicker Nebel und es schüttete. Ich hatte keine Ortskenntnis und Navi gab es auch noch nicht. Glücklicherweise entpuppte sich eine Patientin im Wartezimmer als Nachbarin der betroffenen Frau und die fuhr mit mir dann dort hin. Ich machte die Erstversorgung und rief den Notarztwa-

gen. Der kam aber von Amstetten und hatte eine längere Anfahrt – also bin ich ihm mit der Patientin entgegen gefahren. Als ich endlich nach zwei Stunden wieder zurück kam, war meine Ordination so voll, dass sich nach diesem ohnehin aufregenden Einsatz ein so großer zusätzlicher Druck aufbaute, dass ich mich fragte: Wie schaff ich das nur? Und Visiten muss ich auch noch fahren... Deshalb stellen sich viele junge Ärzte die Frage, ob sie sich so etwas antun sollen. Denn sie wissen genau: Sie müssen den Herzinfarkt, der am hintersten Bauernhof zu versorgen ist, beherrschen, sie müssen bei Unfällen schnell und flexibel sein und auch die Versorgung eines elf Monate alten Kindes, das krampft weil es Grippe hat, beherr-

schen. Unterm Strich stehen für den klassischen Landarzt ein unglaublicher Arbeitsaufwand, jede Menge Verantwortung und eine schlechte Bezahlung, weil die Tarife, die die Krankenkasse zahlt, oft nicht mehr angemessen sind. Die



FACT-SHEET

Dr. Silvia Reisner-Reininger

*4. Februar 1965 in Ybbs;

SPÖ-Gemeinderätin in Sankt Georgen am Ybbsfelde (Bezirk Amstetten).

Ärztin für Allgemeinmedizin und Fachärztin für Kinder- und Jugendheilkunde; Akupunkturdiplom.

Kassen- und Privatordination in Amstetten (MO, MI, DO, FR) Privatordination in St. Georgen am Ybbsfelde (DI). Beide Ordinationen sind gut besucht.

In ihrer Freizeit sorgt Dr. Reisner-Reininger auch noch für die ärztliche Betreuung der BewohnerInnen des Hilde-Umdasch-Hauses in Amstetten, eine betreute WG für schwer erkrankte Kinder und Jugendliche mit einer lebensverkürzenden Diagnose.

Verheiratet mit Ehemann Walter (53), Kommandant der Autobahnpolizei Amstetten, drei Kinder: Walter (21), Lukas (19), Nicolas (16).

Leistung für eine Mutter-Kind-Pass Untersuchung, beispielsweise, 21,8 Euro, wurde schon deutlich mehr als zehn Jahre nicht mehr angehoben.

Und speziell für weibliche Ärzte ist die Situation noch schwieriger. Da kann es leicht passieren, dass sie nach Ordination und Visiten endlich nach Hause kommt, sich darauf freut, dass sie jetzt ihr zweijähriges Kind versorgen kann und dann läutet das Telefon und es ist eine Patientin, die mitteilt, das ihr Kind 40 Grad Fieber hat. Was macht die Ärztin jetzt? Die Oma ist schon weg, der Mann noch nicht zu Hause – und während sie noch telefoniert, fängt das eigene Kind zu schreien an. Junge Frauen werden sich also kaum in eine

Landarztpraxis setzen. Die werden sich überlegen, ob sie vielleicht zeitweise im Spital bleiben oder eine Facharztausbildung anfangen oder eine Dauersekundärarztstellung nehmen oder bei der Krankenkasse anfangen. Auf jeden Fall einen Job

„Der Landarzt selber darf gar nicht krank werden...“

mit geregelten Arbeitszeiten in einem Angestelltenverhältnis annehmen. Da sind sie auch versorgt, wenn sie selbst krank oder schwanger werden.

Der Landarzt selber, der darf eigentlich gar nicht krank werden – denn dann steht die Mühle. Dauervertretungen sind rar und Ausfallsversicherungen sind ja nicht gerade billig. Wenn sich der Landarzt bei-

spielsweise beim Skifahren ein Bein bricht, dann sitzt er halt oft mit dem Gipsfuß in der Ordi. Das geht vielleicht noch gerade so, aber die Visitentätigkeit wird recht schwierig...

Immer mehr aus der Mode scheint auch der Hausbesuch zu kommen. Was erhält ein Arzt für einen Hausbesuch?

Brutto zirka 30 Euro, je nach Krankenkasse. Ich persönlich schaue schon darauf, dass ich meine Patienten, wenn sie nicht in die Ordination kommen können, zu Hause aufsuche und sie begleite auf ihrem Weg, der jetzt vor ihnen liegt. Das ist mir sehr wichtig, aber das wollen viele KollegInnen nicht mehr so.

Ich war sieben Jahre alt, als ich



Fotos: www.fotoplutsch.at



beschloss, Kinderärztin zu werden. Als ich zwölf war, erkrankte meine Urgroßmutter an Krebs und ich entschloss mich, mein Leben dem Kampf gegen diese Krankheit zu widmen. Viele in meiner Umgebung haben mich da nicht ernst genommen, aber ich habe das durchgezogen und bin sehr froh darüber.

Aber: Ich hatte keine Ahnung, was in diesem Beruf wirklich auf mich zu kommt. Heute ist es in der Landarztpraxis leider so, dass, weswegen man sich für diesen Beruf entschieden hat, nämlich den Patienten zu helfen, ein immer kleinerer Teil des Jobs wird, und gleichzeitig bürokratische Arbeiten immer zeitaufwendiger werden. Und ganz wichtig ist für einen niedergelassenen Arzt, dass er sich auf ein gut aufgestelltes Ordinationsteam verlassen kann. Ein Team, das auch bereit ist, die regelmäßige Überschreitung der Ordinationszeiten mitzutragen.

Auf wie viele Arbeitsstunden kommen Sie persönlich?

So um die 60 Stunden, ist eine normale Arbeitswoche. Da sind die Wochenenddienste noch nicht eingerechnet. Aber da kommt jetzt ei-

ne Änderung: Ab 1. April wird der Hausarzt zwar tagsüber von 7 bis 19 Uhr Bereitschaft haben, die Nächte übernimmt aber der Notruf 141.

Was können Kommunen tun, um die ärztliche Versorgung ihrer BürgerInnen aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen?

Kommunen können für gute Bedingungen sorgen

Die Gemeinden sollten einen jungen Arzt oder eine junge Ärztin, die sich entschließen auf's Land zu gehen, vor allem in der Gründungsphase finanziell unterstützen. Rahmenbedingungen schaffen, die zumutbar sind.

Oft stehen ja die Ordinationsräumlichkeiten im Gemeindeeigentum. Da kann es dann helfen, eventuell für notwendige Renovierungen zu sorgen oder eine Zeit lang für eine freie oder vergünstigte Miete zu sorgen...

Ja, genau so. Auch das Thema Hausapotheke ist sowohl für den niedergelassenen Arzt als auch seine Patienten enorm wichtig. Aber bei diesem Thema können die Gemeinden aktiv kaum was tun, da ist

die Apothekerkammer zuständig. Und die handelt das recht restriktiv. Jetzt wird ein Arzt ohne eigene Hausapotheke am Wochenende zu einer Visite gerufen, zu einer Patientin mit einer heftigen Bronchitis und die benötigt ein Antibiotikum und der Arzt hat keines mit. Denn wo soll er es denn hernehmen? Also dieses Recht, das die Ärztekammer jetzt fordert, ein Schmerzmittel, ein Antibiotikum und vielleicht ein blutdrucksenkendes Mittel immer mit zu führen, wäre extrem wichtig für die Hausärzte. Einen gewissen Grundstock an vielleicht zehn, fünfzehn Medikamenten.

Der klassische Hausarzt ist vom Aussterben bedroht. Als Ausweg aus der Krise taucht nun immer wieder der Ruf nach Primärversorgungszentren auf. Was ist das genau und was halten Sie davon?

Ein schwieriges Thema. Das, was man sich offiziell vorstellt oder nach außen hin preis gibt, schaut in etwa so aus: Für eine bestimmte Region sind in einem Gebäude, in Art einer Gruppenpraxis, mehrere Allgemeinmediziner versammelt, die mit ausgedehnten Ordinations-



zeiten – so steht's im Papier, genauer ist das nicht definiert - die Versorgung sicherstellen sollen. So wie es jetzt angedacht ist, soll dort – je nach Bedarf der Region – auch ein Kinderfacharzt sitzen. Auch andere Fachärzte wie Internisten, Orthopäden wären wünschenswert.

Also der gesamte ärztliche Bedarf einer ganzen Region an einem einzigen Ort zusammengezogen, statt in einzelnen Praxen über die Region verteilt?

Ja. Und so weit wir wissen, sollen diese Zentren natürlich nur in urbanen Regionen und an Verkehrsknotenpunkten entstehen.

Da sind ja die ländlichen Regionen die klaren Verlierer...

Sie sagen es! Die Ärztekammer ist ja dagegen und meiner Wahrnehmung nach sind es auch die meisten Ärzte. Aber von Seiten der Politik wird offenbar als Vorteil verkauft, dass es für den Patienten eine Verbesserung beim zeitlichen Aufwand geben soll. Es wird ihm jetzt vorgegaukelt, dass es künftig völlig egal ist, wenn er z. B. um acht am Abend dort hin geht. Er finde immer beispielsweise den Physiotherapeuten und die Krankenschwester vor Ort. Aber so wird es das alles nicht spielen. Ich halte nicht viel davon und bin über-

zeugt, dass das speziell für die Landbevölkerung keine Verbesserung ist. Ganz im Gegenteil. Der offizielle Wissensstand bei den Ärzten über diese Primärversorgungszentren ist auch noch sehr gering. Außer, dass 75 für ganz Österreich angedacht sind. Wer diese Zentren primär finanzieren soll, ist auch noch nicht klar. Und wenn diese Zentren wirklich kommen, werden wohl die Kassenstellen vor Ort nicht mehr nachbesetzt und der klassische Hausarzt wird komplett verschwinden.

Auch Ärzte mit Gemeindevertrag verschwinden

Ohnehin verschwinden werden auch die klassischen Gemeinderärzte, also niedergelassen Praktiker, die einen Vertrag mit der Kommune haben und die offizielle Totenschau und derartige Dinge vornehmen. Denn die Gemeinden werden sich seine Pensionsansprüche nicht mehr leisten können.

Wie wichtig ist Ihre Wahlarztpraxis für Ihre Heimatgemeinde St. Georgen?

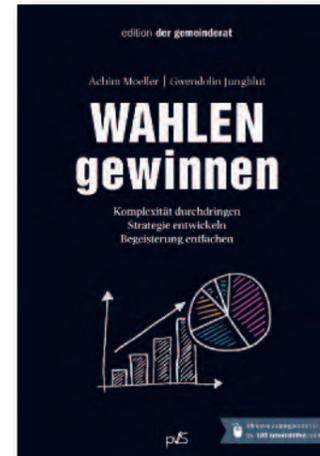
Ich denke, schon sehr wichtig. Ich habe sie 2008, da habe ich noch im Spital gearbeitet, eröffnet, weil ich mir ein zweites Standbein suchen wollte. Heute bin ich zwar

mit meiner Kasse- und Wahlarztpraxis in Amstetten gut ausgelastet, aber auch die Wahlarztpraxis in meiner Heimatgemeinde ist gut besucht. Also gibt es auch einen Bedarf, vor allem in Sachen fachärztlicher Mutter/Kind-Betreuung. Viele meiner Patienten in St. Georgen kommen auch aus umliegenden Gemeinden.

Mit Ihrer ärztlichen Tätigkeit sind Sie wahrscheinlich schon mehr als ausgelastet. Wieso tun Sie sich die Kommunalpolitik, noch dazu in einer Minderheitsgemeinde, auch noch an?

Ich komme aus einem Haus, wo die Sozialdemokratie immer einen hohen Stellenwert hatte. Meine Eltern waren zwar parteipolitisch nicht aktiv, aber ich bin mit den Werten der Sozialdemokratie erzogen worden und habe auch von ihren Errungenschaften profitiert. Denn mein Vater war ein Arbeiter, meine Mutter eine Angestellte und dass ich zum Beispiel studieren konnte, war alles andere als selbstverständlich. Als ich es dann beruflich geschafft hatte und etabliert war, wollte ich sozusagen auch etwas zurück geben. Deshalb engagiere ich mich jetzt in der Partei und im Gemeinderat. Und auch bei der Aktion „Gesunde Gemeinde“.

Fotos: www.fotoplutisch.at



Der KI Buch-Tipp DER Ratgeber für Profis und politische Neulinge

Bald ist Halbzeit in der laufenden GR-Periode. Noch ist es nicht zu spät, sich und seine Fraktion effektiv für 2020 vorzubereiten. Das Buch „WAHLEN gewinnen“ eignet sich dafür perfekt - und hat das Zeug zum einschlägigen Standardwerk.

Ob alter Hase oder neu im Politikgeschäft, Wahlen sind für jeden Kandidaten eine Herausforderung. Die renommierten Politikberater Achim Moeller und Gwendolin Jungblut haben über 750 BürgermeisterkandidatInnen und 450 Fraktionen im Wahlkampf begleitet und erfolgreich gecoacht. Sie kennen die gängigen Kardinalfehler und decken die geheimen Erfolgsmuster der Sieger anschaulich auf.

Hier ein, sehr kleiner, Auszug ihrer Wahlsiegstrategie:

Die Wahl wird nicht kurzfristig entschieden. Vertrauensbildung und Imageprägung sind langfristige Prozess. Fangen Sie an, bevor Ihre Konkurrenten Sie überholen.

Teure Kampagnen sind nutzlos, wenn Ihr Image nicht stimmig ist. SIE sind die Grundlage Ihres Wahlsiegs. Stärken Sie Ihre Persönlichkeit, Glaubwürdigkeit und Authentizität.

Politischer Schlagabtausch ist wichtig, aber nicht alles. Der Wähler muss im Vordergrund Ihrer Wahl stehen, nicht Ihr Konkurrent. Beteiligen Sie die Men-

schen an Ihren Plänen und zeigen Sie, dass Ihre Meinung zählt.

Das Buch „WAHLEN gewinnen“ ist keine graue Theorie, sondern am echten politischen Leben entwickelt. Kompakt, erstklassig strukturiert, gut verständlich und lebendig ausgeführt ist dieser Ratgeber ein unverzichtbares Werkzeug auf dem Weg zum Wahlerfolg.

Dieser Premium-Ratgeber wurde sowohl für Neulinge als auch für erfahrene Kandidaten konzipiert und stellt mit seinen **100 zusätzlichen Online-Arbeitshilfen** sowohl Nachschlagewerk als auch Arbeitsbuch dar.

Die praktischen Online-Arbeitshilfen (einen Zugangscodes erwerben Sie mit dem Kauf des Buches) enthalten zum Beispiel Selbst-Checks, die Entwicklung eines Stärkenprofils, Tipps zur Durchführung von Konkurrenzanalysen u.v.m.

„WAHLEN gewinnen. Komplexität durchdringen, Strategie entwickeln, Begeisterung entfa-

chen“ von Achim Moeller und Gwendolin Jungblut erschien im Oktober 2015 im pro Verlag und Service. ISBN 978-3-9817688-0-0. 265 Seiten, DIN A5, Hardcover. 45 Euro.



Die deutsche Juristin, Autorin und Politikberaterin Gwendolin Jungblut ist mit Co-Autor Achim Möller Inhaberin von „The Leadership - Agentur für Wahlen, Führung, Strategie“. Jungblut war schon Referentin beim GVV-Neujahrsempfang 2015 und hielt danach für den GVV auch schon diverse Seminare.

Fotos: pro Verlag und Service GmbH & Co KG, www.fotoplutisch.at



Blick auf Ebreichsdorf mit Rathaus (am Ende der linken Häuserzeile), Schloss und Windräder-Park im Hintergrund.

Ebreichsdorf, Bezirk Baden

Boomtown mit Landcharme



Erst 2001 wurde Ebreichsdorf zur Stadt erhoben - und diese wächst rasant. 1981 zählte der Ort noch 5.600 EinwohnerInnen, heute sind es schon fast doppelt so viele. Dementsprechend boomt der Wohnungsbau. Die verkehrsgünstige Lage und eine top Infrastruktur machen Ebreichsdorf bei Zuzüglern so beliebt.

„Von uns fährt man in 20 Minuten nach Baden, Wien, Eisenstadt und sogar nach Ungarn. Wo ist das sonst noch möglich?“, fragt Bürgermeister Wolfgang Kocevar verschmitzt. Er ist ja selber ein „Zugraster“. Den gebürtigen St. Pöltener hat es 1997 nach Ebreichsdorf verschlagen. Dass er aber dort



Bild oben: monumental - das Magna Racino von Stronach.
Bild l.: SOS-Kinderdorf mit minderjährigen Flüchtlingen.

Fotos: Stadtgemeinde Ebreichsdorf



1 Rathaus. 2 Die Stadt hat vier Feuerwehren. 3 In Ebreichsdorf gibt es 106 (!) Vereine. 4 Die Pfarrkirche Unterwaltersdorf.

mal zum Bürgermeister avancieren würde, war damals noch nicht abzusehen.

Im Brotberuf ist der Marketingfachmann Kocevar (47) frisch gebackener SPÖ-Regionalmanager. Seine Wahl-Heimatgemeinde sieht er so: „Die Attraktivität Ebreichsdorfs liegt an der Mischung einer ländlichen Gemeinde mit urbanem Charakter. Wir haben vier Ortsteile unterschiedlicher Ausmaße, die einzeln für sich noch eher ländlich strukturiert sind, aber miteinander einen städtischen Charakter abbilden.“

„Ebreichsdorf verbindet Tradition und Innovation“ wird in einem Imagefilm behauptet. Zu Recht. Das neue Rathaus, das man sich anlässlich der Stadterhebung im Jahr 2001 gegönnt hat, ist dafür das beste Beispiel: Da wurde das historische Gebäude einer alten Spinnerei umgebaut und mit einem modernen Zubau versehen. Für das tolle und sehenswerte Ergebnis gab es dann auch einen Architekturpreis.

Im Keller und Erdgeschoß des alten Rathauses wurde ein Jugendzentrum etabliert. Top ausgestat-

tet u.a. mit Computerraum und Billardzimmer. Hier gibt es wöchentlich Veranstaltungen. Betrieben wird das Zentrum mit der mobilen Jugendarbeit Baden.

Aber auch die Senioren kommen in der Stadt nicht zu kurz. Ganz aktuell wird gerade das alte Bezirksgericht abgerissen und an seiner Stelle, mitten im Zentrum, entsteht eine Anlage „Betreutes Wohnen“, die alle Stücklein spielen soll, mit Gemeinschaftsräumen und ärztlicher Betreuung im Haus. Eine Anlage „Betreubares Wohnen“ mit der Volkshilfe als Partner und



Im Schlosspark versammeln sich auch prächtige Oldtimer gerne.



Bgm. Kocevar (l.) mit SanLucar-Boss Alex Thaller.



1 Ländliches Idyll im Ortsteil Schranawand. Der Wohnungsbau ist in der Zugsgemeinde ein dominantes Thema. Rund 130 Gemeindewohnungen hat die Stadt selber, aber der gesamte Neubau läuft über Genossenschaften, mit der sie eng kooperiert. Die Nachfrage ist gewaltig. Kürzlich wurden beim Projekt Rösslhof wieder zwei Bauten mit 35 Wohnungen übergeben – dafür gab es satte 400 Vormerkungen. Im Rösslhof entstehen mit der Fa. Atlas insgesamt 174 Wohneinheiten, in der Anlage Hasengarten, die von der Fa. Aura errichtet wird, entstehen nun nach und nach 352 Wohnungen und Reihenhäuser.



2 Bgm. Wolfgang Kocevar, ein Mann der Tat - im FF-Bagger. Und im Zuge der Erweiterung des Einkaufszentrums City-Center um eine weitere Geschäftszeile wird dort jetzt auch ein Projekt „Junges Wohnen“ verwirklicht. 80 Start-Wohnungen sollen hier bald gebaut werden. „Was wir auch noch dringend brauchen, sind Bauparzellen für Einfamilienhäuser. Die Verhandlungen mit ortsansässigen Landwirten laufen bereits“, erklärt Kocevar. Im Schnitt wächst die Ebreichsdorfer Bevölkerung jedes Jahr so um die 150 BürgerInnen. Und so wird jedes Jahr eine neue Kindergartengruppe gegründet. Derzeit steht man bei drei Horten und sechs Kindergärten mit insgesamt 26 Gruppen. Nachmittagsbetreuung ist selbstverständlich. Auch am schulischen Sektor ist das Angebot breit: drei Volksschulen; Don Bosco Gymnasium, Hans Hofer-Schule (ASO), Montessori-Schule, Neue Mittelschule Ebreichsdorf mit Polytechnikum, Schul-Werkstatt (Volks- und Mittelschule auf privatrechtlicher Basis mit Öffentlichkeitsrecht); Musikschule; Volkshochschule. Finanziell steht die junge Stadtgemeinde tiptop da: Das Budget im ordentlichen Haushalt beträgt 24 Millionen Euro, der RA 2016 brachte ein sattes Plus von 1,8 Millionen Euro. Ebreichsdorf zählt fast



1 Eine Sehenswürdigkeit: die Gläserne Burg der Glasmanufaktur Kuchler mit dem größten Glasmosaik Europas. Leitbetriebe sind die Firma Co-reth, ein Verpackungsmaterialhersteller (110 Arbeitsplätze), jeweils 100 Arbeitsplätze bieten der Maschinenring und das Lagerhaus. Größter Arbeitgeber ist mit 140 Jobs allerdings die Stadtgemeinde selbst. Am Betriebsgebiet Nord gab es in den jüngsten Jahren jede Menge Betriebsansiedlungen mit hunderten neuen Jobs. Von ursprünglich zehn Hektar sind heute nur 5.000m² frei - aber auch die sollen laut Kocevar kurz vor der Vergabe stehen. Und: In Ebreichsdorf befindet

sich die SanLucar-Konzernzentrale und eine Bananen-Reifeanlage (rund 50 Jobs). Was kaum wer weiß: Der Weltkonzern SanLucar gehört zu 50 Prozent dem Ebreichsdorfer Alexander Thaller. Die andere Hälfte besitzt ein Spanier. Die Zentrale befand sich ursprünglich am Großgrünmarkt in Wien. Wolfgang Kocevar konnte Thaller zu einer Übersiedlung nach Ebreichsdorf überreden, wo 2013 eröffnet wurde. Aber die noble Pferderennbahn von Frank Stronach, das Magna Racino, ist wahrscheinlich das, wofür die Stadt in Österreich am bekanntesten ist - und dafür, dass Stronach dort in den 1990er Jah-

ren mit seinem gigantomanischen Weltkugel-Projekt gescheitert ist. Heute zählen die Polo-Turniere der sogenannten Highsociety im Park des schönen Schlosses Ebreichsdorf (im Eigentum von Baron Richard Drasche-Wartinberg) zu den Höhepunkten der „Seitenblicke“-Berichterstattung. Dabei wollen die schlägerschwingenden Blaublüter auf den Rücken ihrer rassigen Vollblüter gar nicht mehr unter sich bleiben - der Park steht bei solchen Turnieren immer allen Besuchern offen. Die Kommune weiß mit ihrem Geld durchaus umzugehen, investiert auch viel in tolle Sport- und Freizeitanlagen. Immerhin gibt es

1 Ländliches Idyll im Ortsteil Schranawand.
3 Schloss mit Wasseranschluss.

2 Bgm. Wolfgang Kocevar, ein Mann der Tat - im FF-Bagger.
4 Feierliche Glockenweihe in der Katastralgemeinde Unterwaltersdorf.



Fotos: Stadtgemeinde Ebreichsdorf





1



2



7



3

- 1 Prachtbau am Hauptplatz, gegenüber dem neuen Rathaus.
- 2 Der Bürgermeister (links) beim Pflanzen - von Bäumen.
- 3 Eine Witwe setzte ihrem Mann ein Denkmal an seinem Lieblingsplatz.
- 4 Kleidsam: Das männliche Oberteil der Ebreichsdorfer „Eintracht“.
- 5 Im alten Gemeindeamt ist heute ein Jugendzentrum untergebracht.
- 6 Ehemaliger Werkskanal in der Katastralgemeinde Schranawald.
- 7 Architekturpreis-würdiger Mix von Neu & Alt beim Rathausbau.
- 8 Die Polo-Turniere sind Treffpunkt der High-Society mit jedermann.



4

in der Kleinstadt 106 (!) Vereine. Bürgermeister Kocevar ist auch Obmann der „Kleinregion Ebreichsdorf“, die zehn benachbarte Gemeinden umfasst, die sich gemeinsam vermarkten und Schwerpunkte auf Verkehr, E-Mobilität und Breitbandausbau setzen. Alternative Energie ist in der Stadt ebenfalls ein großes Thema. Ebreichsdorf ist im entsprechenden NÖ-Kataster als eine der wenigen Gemeinden eingetragen, die noch Windräder errichten dürfen. Eine Bürgerbefragung ergab unlängst ein klares JA zu einem Windparkprojekt mit zehn Windrädern. Der

nötige UVP-Bescheid (Umweltverträglichkeitsprüfung) des Landes liegt bereits frisch am Tisch. „DAS Leader-Projekt der ganzen Region“ (0-Ton Kocevar) ist allerdings das Smart City-Projekt. Auf „der grünen Wiese“ zwischen den Ortsteilen Ebreichsdorf und Unterwaltersdorf wird ein neuer Bahnhof samt neuem Ortsteil entstehen, rund um den zweigleisigen Ausbau der Pottendorferlinie und in attraktiver Pendeldistanz zu Wien. Das Projekt wird gemeinsam mit der TU Wien, dem Land NÖ und dem legendären Raumplaner Prof. Zibuschka umgesetzt.

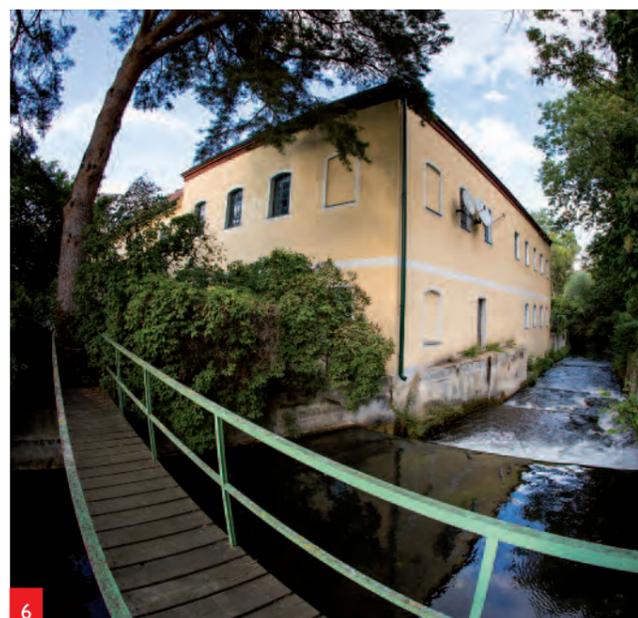
FACT-SHEET

Ebreichsdorf

Stadtgemeinde (Stadterhebung erfolgte erst 2001) im Bezirk Baden, Industrieviertel.
 Einwohner: 10.789, plus 1.523 Zweitwohnsitzer.
 Katastralgemeinden: Ebreichsdorf, Unterwaltersdorf, Schranawald, Weigelsdorf.
 Fläche: 43,2 km², Seehöhe: 202m
 Gemeinderat (33 Mandate): 16 SPÖ, 9 Bürgerliste, 4 FPÖ, 3 ÖVP, 1 GRÜNE.
 Besonderheiten:
 Boomtown (wächst seit Jahren beständig); Architekturpreisgekröntes Rathaus; Klimabündnisgemeinde, 2015: seniorenfreundliche Gemeinde und Sieg bei einem Wettbewerb der Dorf- und Stadterneuerung. Schloss Ebreichsdorf, Schloss Unterwaltersdorf. Hochkarätige Sport & Spielstätten: 18-Loch Golfplatz; Pferderennbahn (Magna Racino), Reitclub, Poloclub; Sportzentrum Weigelsdorf mit Fußballplatz, zwei Beachvolleyballplätzen, Skaterplatz, Mehrzweckplatz und Erlebnisplatz; Fußballsportzentrum Ebreichsdorf; Hobbyfußballplätze in Ebreichsdorf und Weigelsdorf. Glasmanufaktur Kuchler mit der größten Glasmosaik Europas. Smart City-Projekt und ein Windpark-Projekt. Zentrale des Fruchthandel-Weltkonzerns SanLucar (mit angeschlossener Bananen-Reifestation).



5



6

Fotos: Stadtgemeinde Ebreichsdorf, Wikipedia



8



Die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Neunkirchen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, kurz SGN, existiert seit mehr als 105 Jahren. Die Genossenschaft wurde 1910 unter anderem durch den späteren Staatskanzler Dr. Karl Renner, gegründet.

Vom Hauptsitz in Neunkirchen sowie weiteren drei Außenstellen, ist die Genossenschaft in den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Steiermark, Burgenland, Oberösterreich und Kärnten tätig.

Um aber auch Bauvorhaben realisieren zu können, die nicht den Vorgaben des Gemeinnützigkeitsrechts entsprechen, wurde die mit der Siedlungsgenossenschaft Neunkirchen verbundene GWS NEUNKIRCHEN KOMMUNAL Planungs-, Errichtungs- und Servicegesellschaft m.b.H.. zur Erfüllung spezieller Aufgaben, wie z.B. der Errichtung kommunaler Sonderbauten (Schulen, Kindergärten, Gemeindeämter, ...) und frei finanzierten Wohnungen gegründet.

Die SGN bzw. die GWS Kommunal sind die richtigen Partner, wenn es um die Entwicklung, den Bau, die Sanierung, aber auch die Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnraum und kommunaler Sonderbauten geht. Aktuell werden bspw. mehr als 1000 Gemeindewohnungen von 13 Gemeinden verwaltet.

Die Sanierung bestehender Gebäude erfolgt unter Beachtung höchster ökologischer und ökonomischer



WERBUNG



Qualitätskriterien, um alte Bausubstanzen und erhaltungswürdige Bauwerke nachhaltig aufzuwerten und deren Bestand zu sichern. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei das Motto „Alles aus einer Hand“ (von der Projektentwicklung über deren Realisierung bis hin zu Verwaltung) sowie unsere Qualitätssicherung ein.

Qualitätssicherung ist dabei nicht nur ein „moderner“ Ausdruck, sondern spiegelt sich auf mehrfache Weise in den Prozessabläufen wieder: Die SGN sowie die GWS Kommunal sind seit mehr als 17 Jahren nach ISO 9001:ff systemzertifiziert; darüber hinaus waren beide Unternehmen unter den ersten fünf Bauträgern österreichweit, welchen das staatliche „Austria Gütezeichen Hausverwaltung“ verliehen wurde.

Innovative Entwicklungen gepaart mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Projektentwicklung, dem Neubau und der Sanierung sowie den umfassenden qualitätssichernden Maßnahmen garantieren eine für die Kunden ganzheitliche, nachhaltige und vor allem kostensparende Abwicklung der erteilten Aufträge und realisierten Projekte.

Vorstandsobmann KommR Martin Weber, MSc
Tel +43 2635 64756 28, Mail organisation@sgn.at
www.sgn.at, www.gws-immo.at



Tolle Jugendarbeit in Schwechat

Gemeinderat der Stadt beschloss 30.000 Euro-Subvention für SOPS

SOPS betreut täglich 30 bis 40 Kinder und Jugendliche in Schwechat. Für die Tätigkeit stellt die Stadtgemeinde die Räumlichkeiten und Geldmittel zur Verfügung. In der Februar-Sitzung des Gemeinderates wurden 30.000 Euro Subvention beschlossen. Die Arbeit von SOPS besteht am Vormittag hauptsächlich aus arbeitsmarktpolitischer Beratung für Jugendliche und Erwachsene sowie psychologischer Beratung an Pflichtschulen. Am Nachmittag finden die Hortbetreuung für schulpflichtige Kinder des Bezirks sowie eine Jugend- und Familienberatung statt. Auch psychologische Diagnostik wird angeboten.



Schaut gut aus: Das SOPS ist im sogenannten „Schwechater“ in der Wiener Straße 37 untergebracht. Alle Infos unter: <http://www.sops.at/>



Schulische Nachmittagsbetreuung

Durch die Anschubfinanzierung des Bundes nach Art. 15a B-VG bei ganztägigen Schulformen werden die Gemeinden finanziell entlastet. Die Volkshilfe NÖ ist Partnerin für die Einrichtung einer ganztägigen Schulform am Schulstandort oder bei der Umstellung eines bestehenden Hortbetriebes.

Die bestehende Förderrichtlinie über den Ausbau der ganztägigen Schulform sieht Zweckzuschüsse zu Personalkosten im Freizeitbereich sowie weitere Mittel für infrastrukturelle Maßnahmen bis Ende des Schuljahres 2018/19 vor. Im September 2017 wird das Bildungsinvestitionsgesetz (BIG) mit Gültigkeit bis 2024/25 in Kraft treten, um die Ausbauoffensive für ganztägige Schulformen weiter zu entwickeln.

Das ExpertInnen-Team der SERVICE MENSCH GmbH/Volkshilfe NÖ steht Gemeinden als Partner für die Einrichtung einer ganztägigen Schulform am Schulstandort in getrennter oder verschränkter Form sowie für die Organisation und Durchführung des Freizeitteils zur Verfügung. Auch bei einer Umstellung eines Hortbetriebes zu einer schulischen Nachmittagsbetreuung begleitet das Team kompetent und mit jahrelanger Erfahrung.

Nach Antragstellung des Schulerhalters beim Landesschulrat zur Führung einer ganztägigen Schulform sowie einer ersten Elterninfor-

mation plant das Volkshilfe-Team gemeinsam mit der Gemeinde und SchulleiterIn die Umsetzung. Im Rahmen einer Kooperation ist das Volkshilfe-Team verantwortlich für die Durchführung der gelenkten und ungelenkten Freizeitbetreuung. Auch die Mittagsversorgung gehört zu deren Aufgaben. Der Schulerhalter legt die Rahmenbedingungen fest und entscheidet über Öffnungszeiten (bis 16 Uhr oder länger), über den maximal kostendeckenden Elternbeitrag sowie einen Beschäftigungsbeitrag für pädagogische Materialien bzw. ob es eine Geschwisterförderung für Mehrkind-Familien geben soll.

Die Begleitung und Betreuung der Schulkinder durch die FreizeitpädagogInnen oder FreizeitbetreuerInnen der Volkshilfe könnte folgendermaßen strukturiert sein: Nach Eintreffen der Kinder in den Räumlichkeiten der Nachmittagsbetreuung, gibt es ein gemeinsames Mittagessen, um für die Lernstunde mit einer Lehrkraft der Schule gestärkt zu sein. Danach kümmern

sich die BetreuerInnen um die Freizeit der Schulkinder bis mind. 16 Uhr, wobei die Infrastruktur der Schule (Garten, Turnsaal, Werkraum u.a.) genutzt wird. Projekte mit lokalen Vereinen oder ein Ausflug pro Woche können das Freizeitprogramm abrunden. Für die Umsetzung des Freizeitteils wird qualifiziertes Betreuungspersonal ausgewählt, das bei der Volkshilfe /SERVICE MENSCH GmbH angestellt wird und wo auch für dessen fachliche Begleitung und Weiterbildung gesorgt wird.

Auch bei der Vorbereitung der Unterlagen zur Beantragung der Gruppenförderung durch den Schulerhalter beim Fördergeber unterstützt die Volkshilfe. Bei Bedarf erstellt sie ein gesondertes Angebot für die Betreuung in den Ferienzeiten und an schulautonomen Tagen.

Kontakt und Infos:
Mag.a Karola Grill-Haderer,
Leiterin der Kinderhäuser Volks-
hilfe NÖ/SERVICE MENSCH GmbH:
02622/82200-6310,
kids@noe-volkshilfe.at

Gemeinden stehen zu Europa



Beim Europatag in Salzburg am 14./15. März (v.l.): Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebunds Dr. Leiss, Vorsitzender des deutschen Europaausschusses Bgm. Brunnet, Präsident des DStGB Schäfer, stv. Hauptgeschäftsführer des DStGB Zimmermann und NÖ GVV-Präsident Bgm. LAbg. Dworak, Vorsitzender des österreichischen Europaausschusses. Dworak: „Die kommunale Ebene kann, wenn sie zusammensteht, einiges in Europa erreichen. Das zeigen die jüngsten Erfolge unserer Interessensvertretung in Brüssel und Straßburg.“

Mehr Bezieher von Mindestsicherung

In den Jahren zwischen 2012 und 2015 ist in Niederösterreich die Zahl der Personen, die eine Mindestsicherung erhalten, stark gewachsen. Sind es 2012 in Niederösterreich noch 18.966 gewesen, waren es 2015 bereits 26.551. Das ist ein starker Anstieg um 40 Prozent, gibt Sozialminister Alois Stöger in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage bekannt.

Im Bundesländer-Vergleich ist nur in der Steiermark mit einem Plus von 46,8 Prozent die Zahl der Mindestsicherungs-Bezieher noch stärker gestiegen als in Niederösterreich. Bundesweit hat der Anstieg innerhalb der vier Jahre 28,5 Prozent betragen. Die Ergebnisse für 2016 werden erst heuer im Herbst vorliegen, teilte Bundesminister Stöger mit.

Fotos: Österreichischer Gemeindebund, Stadtgemeinde Schwechat

Foto: Shutterstock



von Mag.ª Sabine Blecha
Juristin des Verbandes

Der Schulausschuss nach §§ 41ff NÖ Pflichtschulgesetz

In NÖ ist der gesetzliche Pflichtschulhalter entweder das Land, eine Gemeinde oder eine Schulgemeinde, also ein Gemeindeverband, der alle Gemeinden umfasst, die ganz oder teilweise zum Schulsprengel gehören. Die Vorschriften zur Bildung eines Schulausschusses befinden sich im NÖ Pflichtschulgesetz.

Allgemein

Eine Schulgemeinde ist gemäß § 41 NÖ Pflichtschulgesetz für jede Volksschule, Neue NÖ Mittelschule, Hauptschule und Sonderschule, sowie für jede selbständige Polytechnische Schule, deren Schulsprengel über das Gebiet der Sitzgemeinde hinausreicht, zu bilden, allerdings nur, wenn im Zeitpunkt der Ausschussbildung neben der Sitzgemeinde anderen beteiligten Gemeinden ein Vertreter im Schulausschuss zukommt. Für mehrere Schulen der gleichen Art ist nur eine Schulgemeinde zu bilden, wenn ihre Schulsprengel dasselbe Gebiet umfassen.

Die Bildung, Änderung und Auflösung der Schulgemeinden hat nach Anhören der beteiligten Gemeinden und des Landesschulrates (Kollegium) gleichzeitig mit der Festsetzung des Schulsprengels durch Verordnung der Landesregierung zu erfolgen. Schulgemeinden bestehen an jenen Schulen, die in den Sprengelverordnungen der NÖ Landesregierung, LGBl. 5000/10-24, 5000/20-29, 5000/30-21 und 5000/40-20, mit der Kennzeichnung "x" versehen sind. Die Funktionsperiode der Schulausschüsse endet mit Ablauf der Funktionsperiode der Gemeinderäte, sie sind

im Regelfall damit nach jeder Gemeinderatswahl (alle fünf Jahre) neu zu konstituieren. Sollte sich bei der Berechnung nach einer Gemeinderatswahl ergeben, dass nach § 41 Abs. 2 nunmehr keine Schulgemeinde oder nunmehr eine Schulgemeinde neu zu bilden ist, müssen die Verordnungen korrigiert werden.

Organe der Schulgemeinde sind deren Obmann und der Schulausschuss. Dem Schulausschuss gehören unter anderem auch Vertreter der an der Schulgemeinde beteiligten Gemeinden an. Der Schulausschuss ist kein Ausschuss der Gemeinde, sondern das dem Gemeindevorstand und Gemeinderat vergleichbare Organ der Schulgemeinde. Dennoch ist die niederösterreichische Gemeindeordnung aufgrund einer Verweisregelung teilweise anzuwenden. Es gelten die §§ 98 bis 106 der NÖ Gemeindeordnung sinngemäß für die Wahl der vom Gemeinderat in den Schulausschuss zu entsendenden Vertreter. Daher ist für die zu entsendenden Vertreter der jeweiligen Gemeinde genauso eine Aufteilung der Ausschusspositionen auf die einzelnen Wahlparteien nach dem Ergebnis der letzten Gemeinderatswahl vorzunehmen, es sind Wahlvorschläge

einzubringen und die Wahl der Mitglieder ist geheim und mit Stimmzetteln durchzuführen. Die Wahl der in den Schulausschuss zu entsendenden Vertreter erfolgt in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates.

Über einen Verweis auf die Bestimmungen des § 14 Abs. 1 NÖ Gemeindeverbandsgesetz, LGBl. 1600, sind noch weitere Bestimmungen der NÖ Gemeindeordnung anzuwenden: § 44 Abs. 1, § 44 Abs. 2 1. Satz, § 45 Abs. 1 bis 3, § 46, § 47, § 48 Abs. 2 und 3, §§ 49 und 50 Abs. 1 bis 3, § 51 Abs. 2 bis 5, § 52, § 53, dessen Abs. 3 jedoch mit der Maßgabe, dass das Sitzungsprotokoll vom Vorsitzenden und nur einem Schriftführer zu unterfertigen ist, § 54 und § 56, dessen Abs. 2 jedoch mit der Maßgabe, dass das Sitzungsprotokoll vom Vorsitzenden und nur einem Mitglied des Vorstandes zu unterfertigen ist sowie § 121.

Das Gesetz legt auch die Mitglieder und Mitgliederanzahl jedes Schulausschusses fest. Demnach gehören als Mitglieder Vertreter der Gemeinden, welche zur Schulgemeinde gehören, die Leiter der im Schulsprengel liegenden Schulen der betreffenden Schulart, ein Vertreter der gesetzlich anerkannten

Kirche oder der Religionsgesellschaft, der die Mehrzahl der die Schule besuchenden Kinder angehört und der von der Sitzgemeinde bestimmte Schularzt an. Die Anzahl der Gemeindevertreter richtet sich dabei nach der Zahl der Schüler, die im Durchschnitt der letzten drei Schuljahre vor der Ausschussbildung die Schule besucht haben oder besuchen hätten können, wenn der Sprengel in dem zum Zeitpunkt der Ausschussbildung festgesetzten Ausmaß bereits bestanden hätte.

Für die Aufteilung der Vertreter auf die einzelnen Gemeinden und innerhalb einer Gemeinde auf die im Gemeinderat vertretenen Parteien sind die Bestimmungen der §§ 52 ff. der NÖ Gemeinderatswahlordnung (d'Hondtsche Verfahren) sinngemäß anzuwenden. Die Vertreter werden vom Gemeinderat gewählt und müssen in den Gemeinderat, der sie entsendet, wählbar sein. Für das Wahlverfahren gelten wie gesagt die Bestimmungen der §§ 98 bis 106 der NÖ Gemeindeordnung sinngemäß. Bei Ausscheiden eines Vertreters aus dem Schulausschuss ist die Besetzung der freigewordenen Stelle binnen einem Monat in gleicher Weise vorzunehmen. Wenn einer zu einer Schulgemeinde gehörenden Gemeinde kein Vertreter zukommt oder wenn eine Gemeinde in sonstiger Weise beteiligt ist, wird sie im Schulausschuss durch den Bürgermeister oder den von ihm bestimmten Vertreter, der in den Gemeinderat wählbar sein muss, mit beratender Stimme vertreten.

Die Schulausschüsse vom Bürgermeister der Sitzgemeinde binnen 4 Wochen nach Ablauf der in § 96 NÖ Gemeindeordnung 1973 zulässigen äußersten Frist (6 Wochen) einzuberufen; bei einer Anfechtung jedoch bis längstens 8 Wochen nach der Zustellung der



Entscheidung der Landeshauptwahlbehörde über die Beschwerde gegen das Wahlergebnis. In der konstituierenden Sitzung ist ein Obmann nach den Bestimmungen der §§ 98 bis 100 der NÖ Gemeindeordnung zu wählen. Dieser muss aus den von der Sitzgemeinde zu entsendenden Vertretern gewählt werden. Entsendet daher eine Sitzgemeinde nur einen Vertreter, so ist dieser zum Obmann zu wählen. Sollte der Sitzgemeinde aufgrund der Schülerzahlen nur beratende Stimme zukommen, so ist dennoch der Obmann aus den von der Sitzgemeinde entsendeten Vertretern zu wählen (also der Bürgermeister oder ein von diesem bestimmter Vertreter). Dieser hat jedenfalls ein Stimmrecht. Ferner sind der Obmannstellvertreter, der Kassier und der Schriftführer zu wählen. Das Wahlergebnis ist dem Bezirksschulrat und der Bezirksverwaltungsbehörde bekannt zu geben.

Ein Schulausschuss kann sich auch selbst vorzeitig auflösen. Der diesbezügliche Auflösungsbeschluss benötigt die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder und die Zweidrittelmehrheit der abge-

gebenen Stimmen. Die Neubildung des Schulausschusses hat in jedem Fall binnen zwei Monaten zu erfolgen. Die laufenden Geschäfte sind jedoch bis zur Neubildung vom alten Schulausschuss weiterzuführen.

Löst sich ein Gemeinderat auf, erlischt die Funktion der Mitglieder, die von dem betreffenden Gemeinderat entsendet wurden. Bis zur Neuwahl der Mitglieder vertritt das gemäß § 94 Abs. 3 und 4 der NÖ Gemeindeordnung, zur Besorgung aller unaufschiebbaren Geschäfte der Gemeinde berufene Organ die Gemeinde im Schulausschuss mit so vielen Stimmen, als der Gemeinde Vertreter zukommen. Bei Auflösung ist eine Vereinbarung über die Aufteilung des gemeinsamen Vermögens zu treffen. Kommt keine Vereinbarung innerhalb eines Jahres nach der Auflösung zustande, dann hat die nach der Sitzgemeinde der Schule zuständige Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag einer beteiligten Gemeinde nach Anhören der anderen beteiligten Gemeinden das gemeinsame Vermögen im Verhältnis der eingebrachten Anteile aufzuteilen.

Fotos: z.V.g., gpointstudio-fotolia.com



von Dkfm. Anton Pokorny
Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH
www.merkurtreuhand.at

Die antragslose Arbeitnehmerveranlagung

Im Zuge der Steuerreform 2015/2016 wurde die Möglichkeit geschaffen, in Form einer antragslosen Arbeitnehmerveranlagung ein Steuerguthaben zurück zu erhalten. Betroffen sind alle, die bis Juni 2017 keine Arbeitnehmerveranlagung für das Veranlagungsjahr 2016 gemacht haben, obwohl sie in den Genuss einer Steuergutschrift kommen würden. Auf diese Weise wird die zu viel einbehaltene Lohnsteuer automatisch refundiert.

Mit 2017 ändert sich einiges bei der Arbeitnehmerveranlagung (auch „Steuerausgleich“ genannt): In bestimmten Fällen braucht gar kein Antrag mehr gestellt werden. Durch die antragslose Arbeitnehmerveranlagung (ANV) werden Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unter bestimmten Voraussetzungen ab dem zweiten Halbjahr in den Genuss einer Steuererstattung kommen ohne einen Antrag gestellt zu haben. Wer wenig verdient oder schon Pensionist ist, spart sich so auch den Antrag auf Auszahlung der Negativsteuer. Es sollen Menschen mit geringem Einkommen oder Mindestpensionen in den Genuss einer Steuergutschrift gelangen und nicht aus Unkenntnis darum umfallen, weil sie bisher keine ANV gemacht haben oder nicht machen konnten. Betroffen sind jene Personen, die bis Juni 2017 keinen Steuerausgleich für das Jahr 2016 vorgenommen haben, obwohl sie eine Steuergutschrift zu erwarten haben. Auf diese Weise soll die zu viel einbehaltene Lohnsteuer automatisch refundiert werden.

Wie läuft die antragslose ANV ab?

1.) Wenn bis Ende Juni keine ANV für das Jahr 2016 eingereicht wurde,

2.) aus der Aktenlage anzunehmen ist, dass nur lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen wurden,

3.) die Veranlagung zu einer Steuergutschrift führt,

4.) und auf Grund der Aktenlage nicht anzunehmen ist, dass auch noch Werbungskosten, nicht erfasste Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen oder antragsgebundene Freibeträge (Kinderfreibetrag) oder Absetzbeträge (z.B. Alleinverdienerabsetzbetrag) geltend gemacht werden.

Wenn mehr als die Pauschbeträge in Anspruch genommen werden sollen oder zusätzliche Ausgaben (zB außergewöhnliche Belastungen) abgesetzt werden sollen, muss wie bisher weiterhin ein persönlicher Antrag gestellt werden.

Wer also bisher immer einen Antrag gestellt hat, wer Sonderausgaben oder Werbungskosten hat die dem Finanzamt nicht bekannt sind, oder wer nicht warten mag, der sollte auch heuer wieder gleichen individuellen Antrag selber stellen.

Wollen Sie aber zuwarten, wird in der zweiten Jahreshälfte 2017 an alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein Schreiben verschickt, die von diesem Finanzamt Service profitieren werden. In die-

sem Schreiben werden die Steuerzahler aufgefordert ihre, dem FA bekannten, Kontodaten zu überprüfen oder bzw. bekannt zu geben. Sollten die Bankkontodaten geändert werden müssen, sollte man das innerhalb vier Wochen dem Finanzamt mitteilen. Die Steuergutschrift wird dann auf dem Konto gutgeschrieben und automatisch ein Steuerbescheid zugestellt.

Wie kommt es zur Auszahlung gerade erst im 2. Halbjahr 2017?

Wegen der Neueinführung wird abgewartet, ob jemand eine ANV noch selbst beantragt, in der zusätzliche Abzugsposten geltend gemacht werden, wie z.B. Werbungskosten oder außergewöhnliche Belastungen oder andere zusätzliche Einkünfte (Vermietungstätigkeit, Funktionsgebühren etc.) und sich dadurch die Steuergutschrift noch erhöht bzw. verringert oder möglicherweise in einer Nachzahlung (wegen zusätzlicher Einkünfte) mündet.

Um nachträgliche Beschwerden zu vermeiden, werden nur die Fälle für eine antragslose ANV ausgewählt, bei denen die Finanzverwaltung davon überzeugt sein kann, dass es bei einer Steuergutschrift unverändert verbleibt.

BEISPIEL:

SteuerX erhält z.B. EUR 800,- pro Monat und war das ganze Jahr beschäftigt. Die Pendlerpauschale wurde nie geltend gemacht. Dem FA ist auch nicht bekannt, dass X Kinder hat, für die Familienbeihilfe bezogen wird. Also gibt es für das FA keinen Grund, dass sich die Steuergutschrift erhöhen könnte. Somit wird die antragslose ANV vom FA durchgeführt. Ist dem FA aus der Aktenlage ersichtlich, dass sich die Gutschrift noch erhöhen könnte, etwa durch Kinderfreibetrag und Pendlerpauschale, wird noch abgewartet.

Sollten nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Veranlagungszeitraum noch keine Veranlagung erfolgt sein, wird im Falle einer Steuergutschrift immer eine antragslose ANV von Amtswegen durchgeführt.

Beispiel: Es wurde bis 31.12.2018 keine Veranlagung für 2016 durchgeführt. Dann tritt die Automatik in Aktion.

Wenn es trotz Steuergutschrift zu keiner Refundierung kommt, kann das zwei Gründe haben:

Erstens, wenn am persönlichen Steuerkonto ein Rückstand besteht. Dann wird die Gutschrift zuerst mit dem Rückstand verrechnet und nur der überschüssende Teil ausbezahlt oder es wird die Gutschrift gänzlich aufgezehrt.

Zweitens, wenn dem FA die Kontonummer nicht bekannt ist (IBAN u. BIC Code). Ist das der Fall, kann man über FinanzOnline auf elektronischem Weg die Kontonummer bekannt geben und/oder einen Rückzahlungsantrag stellen, um die Steuergutschrift zu erhalten.

Mit der Gutschrift ergeht auch ein Steuerbescheid. Es empfiehlt sich diesen zu prüfen, ob die darin angegebenen Positionen und Beträge zutreffen und den richtigen Wert haben. Bei Abweichungen, Unstimmigkeiten oder nichtzutref-



fenden Beträgen muss kein Rechtsmittel eingelegt werden, sondern es genügt eine Steuererklärung (Arbeitnehmerveranlagung Formular L1) via FinanzOnline beim Finanzamt einzureichen. Das kann innerhalb von 5 Jahren (wie bisher auch) nach Ablauf des betreffenden Veranlagungsjahres erfolgen (zB für 2016 bis Ende 2021). Einen Änderungsantrag zu stellen wird immer dann sinnvoll sein, wenn zusätzliche Abzugsposten (z.B. Werbungskosten, Sonderausgaben, a.o. Belastungen) geltend gemacht werden sollen, von denen das Finanzamt keine Kenntnis hatte. Nach erfolgter Übermittlung hebt dann das FA den Bescheid aus der ANV auf und entscheidet unter Berücksichtigung der jeweils persönlichen, individuellen Erklärung.

Für Jahre ab 2017 müssen bestimmte Sonderausgaben insbesondere (Spenden, Kirchenbeiträge, freiwillige Weiterversicherung, uä) automatisch von den Empfängern an das FA übermittelt werden. Die automatische Berücksichtigung als Sonderausgaben erfolgt nur unter der Voraussetzung, dass der/die Steuerzahlerinnen/Steuerzahler der empfangenden Organisation seine Identifikationsdaten (Vor- u. Zuname, Geburtsdatum) bekannt

gibt. Daraus könnte sich ein Anwendungsfall für eine antragslose ANV (erstmalig für das Jahr 2017) ergeben, da die übermittelten Beträge eine Steuergutschrift auslösen können. Diese erfolgt dann in der Veranlagung ab 2018. VORSICHT: Es handelt sich nicht um eine sogenannte „automatische ANV“. Automatisch ist lediglich die Datenübermittlung durch die Empfänger der Spenden.

Für Pensionsbezieher ist diese Neuerung/ Änderung insofern interessant, da diejenigen, die auf Grund ihrer geringen Pension bisher keine Lohnsteuer gezahlt haben, mit der antragslosen ANV automatisch in der zweiten Jahreshälfte 2017 einen Teil ihrer Sozialversicherungsbeiträge zurück erhalten – (maximal EUR 110,-; sog. Negativsteuer). Dies betrifft all jene Pensionisten, die 2014 und 2015 keine Erklärung abgegeben haben und aus der Steuerberechnung ein Guthaben zu erwarten haben. Die betroffenen Pensionisten müssen lediglich das Infoschreiben welches im Juli 2017 zugeschickt werden wird, beantworten und die aktuelle Kontonummer angeben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Finanzamt oder an den Steuerberater Ihres Vertrauens.

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in NÖ, Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz

Präsident: LAbg. Bgm. Rupert Dworak

Geschäftsführer: StR Mag. Ewald Buschenreiter

Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at)

Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.^a Sabine Blecha, Dkfm. Anton Pokorny

Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

Druck: Mangold & Kovac